

ROSALUX

JOURNAL DER ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

AUSGABE 2-2012



THEMA RIO+20: KONFERENZ OHNE ZUKUNFT

ZURÜCK AUF ANFANG: UND LOS!

MIT BEITRÄGEN VON ULRICH BRAND, KATHRIN BUHL, KRISTINA DIETZ, SANDRA QUINTELA, MARCUS WISSEN UND ANDEREN

RÜCKBLICK LINKE MEDIENAKADEMIE MIT BESUCHERREKORD

AUSBLICK AUF DER SUCHE NACH ALTERNATIVEN

ANALYSE DAS SCHILLERENDE POLITIKPHÄNOMEN PIRATEN

INTERNATIONALES NEW YORK - OCCUPY THE OFFICE



IMPRESSUM ROSALUX — Journal der Rosa-Luxemburg-Stiftung
 Erscheint vierteljährlich. Herausgeberin: Rosa-Luxemburg-Stiftung – Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e.V. · Franz-Mehring-Platz 1, D-10243 Berlin · Telefon 030 44310-130, Fax -122, www.rosalux.de · Schlussredaktion: M. Beck, H. Heine (V.i.S.d.P.) · Bildredaktion: E. Heil · Redaktionsschluss: 23.5.2012 · Titelfoto: Alexander Olm/Flickr
 Layout: umbra-dor – visuelle kommunikation · Satz und Druck: MediaService GmbH Druck und Kommunikation · Auflage: 5.000 Stück auf 100 g Soporset, hergestellt aus 100 % chlorfrei gebleichtem Zellstoff · Bestellungen: K. Malingriaux, Telefon 030 44310-123, Fax -122, malingriaux@rosalux.de · Printed in Germany, Mai 2012 · ISSN 1864-6794

EDITORIAL 4

RÜCKBLICK

Linke Medienakademie in Berlin	4
Theorie und Praxis der europäischen Linken	5
Rechtspopulismus in Europa	5
Rundreise nordafrikanischer AktivistInnen	6
Dialogforum in Erfurt	6
Veranstaltung zum Frauentag	7
Studierende und politisches Bewusstsein	7

AUSBLICK

Linke im Dialog um Grundsatzfragen	8
Die Stiftung auf dem «Fest der Linken»	9
Vorlesungen zur Kritik der Politischen Ökonomie	9
Sozial-ökologische Transformationsprozesse	10
Bildungsmodulare zum Nahostkonflikt	10

ANALYSE

Politische Streiks in Europa	11
Die Kümmererpartei. Das Beispiel der holländischen SP	13
Was steckt hinter dem Erfolg der Piraten?	14

THEMA «RIO+20: KONFERENZ OHNE ZUKUNFT»

Markus Wissen über internationale Umweltpolitik	16
Interview zum Alternativgipfel in Rio mit Sandra Quintela	17
Steffen Kühne und Stefan Thimmel zu Rio+20	18
Kathrin Buhl zu den Positionen sozialer Bewegungen vor Rio	20
Nadja Charaby über die Mühen der Ebene in Vietnam	20
Kristina Dietz über Green Economy	22
Judith Dellheim über demokratische Initiativen	23
Ulrich Brand über linke Alternativen zu Rio+20	24

STUDIENWERK

Ferienakademie für und von StipendiatInnen	26
Über die Berufsperspektiven von Promovierenden	27

INTERNATIONALES

Eindrücke vom Left Forum in New York	28
EU-Wirtschaftsabkommen mit Ostafrika	29
Ernesto Kroch und die Casa Bertolt Brecht	30
Subversive Forum in Zagreb	30
Die Stiftung in der Türkei	31
Gewerkschaften und Frauenkämpfe in Südafrika	31

STIFTUNG

ISP-StipendiatInnen zu Gast bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung	32
Offene Türen beim «Tag der Archive»	33
Neues Bildungsformat über Rosa Luxemburg	33

LESENSWERT

Interview über die polnischen Schriften von Rosa Luxemburg	34
Neuerscheinungen	35



Heinz Vietze

Florian Weis

LIEBE LESERINNEN, LIEBE LESER,

die Aufmerksamkeit für ökologische Themen ist sehr wechselhaft. Kurze Phasen einer geradezu übersteigerten, aufgeregten Dominanz in den Medien wechseln sich ab mit einem mehr oder weniger starkem Desinteresse. Der Problematik des Themas wird dies in keiner Weise gerecht. Mal ist der Klimawandel ein beherrschendes politisches und mediales Thema, wie zum Beispiel nach der Veröffentlichung des Stern-Reports Ende 2006. Dann wieder dominiert, zumindest in Deutschland, das Thema Atomenergie die Agenda wie im vergangenen Jahr nach der Katastrophe von Fukushima.

Sicherlich haben die Themen Ökologie, Nachhaltigkeit, Energiewende und Begrenzung des Klimawandels kontinuierlich an Aufmerksamkeit gewonnen. Doch mangelt es den politischen Debatten im Mainstream aus unserer Sicht an Konsequenz und Radikalität. Sie gehen uns zu wenig an die Wurzeln industrieller und marktradikaler Wachstumsmodelle. Weltweite Verteilungsfragen innerhalb der Gesellschaften wie zwischen den Staaten, aber auch Demokratisierung und Dezentralisierung etwa in der Energiepolitik – das sind einige der Zugänge, die die Rosa-Luxemburg-Stiftung zum Thema Rio+20 besonders interessieren. Die Konferenz von Rio de Janeiro 1992 reihte sich ein in eine Kette von UNO-Konferenzen in den frühen und mittleren 1990er Jahren. Zusammen mit dem Weltsozialgipfel in Kopenhagen oder der Pekinger Weltfrauenkonferenz schienen sie eine gewisse Hoffnung auf eine Revitalisierung der UNO im Geiste von 1945 auch jenseits des Sicherheitsrates und militärischer Fragen auszudrücken. Davon ist wenig geblieben. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung ist seit nunmehr fast zehn Jahren mit einem

Büro in Brasilien vertreten. Ihr Blick richtet sich gegenwärtig nicht nur auf Rio+20, sondern bereits jetzt auf die Olympischen Spiele und die Fußballweltmeisterschaft, die Brasilien 2014 und 2016 ausgerichtet wird. Im Fokus stehen dabei insbesondere auch die sozialen, stadtplanerischen und sicherheitspolitischen Auswirkungen dieser Großereignisse.

Die vielfältigen Krisenerscheinungen innerhalb der EU bleiben ein zentrales politisches Thema in Deutschland. Auch für die Stiftung ist es ein wichtiges Feld. In den letzten Wochen und Monaten widmete sie sich unter anderem mit ihrer Begleitung der Krisenproteste in Frankfurt am Main im Rahmen der Europäischen Aktionstage sowie mit mehreren Rundreisen von vor allem griechischen und spanischen AktivistInnen aus gewerkschaftlichem und Jugendprotest den verheerenden sozialen und ökonomischen Auswirkungen der Krisenpolitik in Europa.

In einer Zeit wieder wachsender wohlstandschauvinistischer Haltungen nicht zuletzt in Deutschland und auch nationalistischer Reaktionen etwa in Griechenland ist eine europäische und internationale Solidarität für die Rosa-Luxemburg-Stiftung ein elementares Anliegen. Nach einer längeren Phase linker Niederlagen bei Wahlen in Europa, bei denen die deutsche LINKE eine positive Ausnahme war, gibt es nun wiederum einen Aufschwung linker Parteien, wie etwa in Spanien und vor allem in Griechenland. Das stimmt hoffnungsvoll.

HEINZ VIETZE IST VORSTANDSVORSITZENDER DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG. FLORIAN WEIS IST GESCHÄFTSFÜHRENDES VORSTANDSMITGLIED DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

VERBOTEN, UNTERSAGT, BESTELLT Mit Veranstaltungen zur europäischen Krisenpolitik wollte die Rosa-Luxemburg-Stiftung am 17. und 18. Mai im Rahmen der Europäischen Aktionstage gegen das Spardiktat der Troika in Frankfurt am Main ihrem Bildungsauftrag gerecht werden. Die Frankfurter Ordnungsbehörden verhinderten dies jedoch in einer bislang beispiellosen Art und Weise: Sie verboten alle angemeldeten Veranstaltungen. Davon betroffen auch die Angebote der Stiftung. Umgesetzt werden konnte nur ein Rumpfprogramm. Das in Frankfurt ohne Kompromissbereitschaft der Behörden durchgesetzte Versammlungsverbot stimmt bedenklich. Eine offene Gesellschaft lebt von Widerspruch, Diskussion und Auseinandersetzung. So sieht es wohl auch die Bundesbank. Sie bestellte eine Woche nach den Protesten unsere Broschüre «Ist die ganze Welt bald Pleite» für ihre Bibliothek. Mehr zu Frankfurt und unseren Publikationen unter www.rosalux.de.



Reges Interesse. Vom 21. bis zum 25. März 2012 fand in Berlin die 9. Medienakademie statt. Foto: LiMA 2012

DAYSE FREITAS/ ERWIN HEIL/HENNING HEINE

WORKSHOPS UND DEBATTEN

LINKER MEDIENKONGRESS IN BERLIN MIT ERNEUTEM BESUCHERINNENREKORD

Die «Linke Medienakademie» (LiMA) hat auch in diesem Jahr einen Besucherrekord verzeichnet. Rund 1.400 TeilnehmerInnen kamen Ende März zu dem links-alternativen Medienkongress unter dem Motto «Schnittstellen – Interfaces» in Berlin.

Sie bildeten sich in den Räumen von Technischer Universität und Universität der Künste in rund 200 Workshops der LiMA-Werkstatt fort und beteiligten sich an mehreren Dutzend politischen Debatten im Format «LiMA-Arena». Die Stiftung als maßgebliche Förderin des Kongresses war auch inhaltlich mit mehreren Podien in der Arena sowie zwei Workshops in der Werkstatt vertreten.

Unter anderem diskutierten in der Reihe «Politik Aktuell» vor rund 40 ZuhörerInnen die Aktivistin Mais Elkrydee und die Orient-Forscherin Anja Zorob über die Lage in Syrien. Elkrydee beschrieb die Entschlossenheit des syrischen Volkes. Eine Lösung mit Assad an der Staatsspitze werde es nicht geben.

Ebenfalls für eine Arena-Veranstaltung waren auf Einladung der Stiftung Radiomacherinnen aus Argentinien, Bolivien und Venezuela zur LiMA gekommen. Auf der Veranstaltung «Demokratisierung der Medien? Nicht ohne uns!» diskutierten sie mit dem Publikum über die Notwendigkeit, feministische Themen und eine Genderperspektive in die Arbeit der Community Radios zu integrieren. Mariela Dávalos präsentierte ein kurzes Video über die Arbeit ihres Frauenkollektivs bei «Radio Wayna Tambo» in La Paz gegen Diskriminierung und Gewalt an Frauen in der bolivianischen Gesellschaft. Ilaria Arienta vom «Radio Libre Negro Primero» in Caracas berichtete über alltägliche Situationen von Frauendiskriminierung in den eigenen Community Radios. Dass Frauen sich sowohl die (Radio-)Technik als auch politische Inhalte aneignen müssen, um selbst Radio-

programme zu machen und auf allen Ebene an der Radioproduktion beteiligt zu sein, stellte Sabina Mina von Radio «FM La Tribu» aus Buenos Aires ins Zentrum ihres Vortrags.

Das «Kapital» als PowerPoint? Klingt absurd. Geht aber. Valeria Bruschi und Anne Steckner zeigten den 14 BesucherInnen des LiMA-Workshops «Kritische Bildung 2.0» mit Beispielen aus ihrem neu erschienenen Buch «PolyluxMarx», dass es möglich ist, sehr komplexe Inhalte vereinfacht darzustellen. «PolyluxMarx» richtet sich an BildnerInnen, die sonst eher mit trockenen Texten arbeiten, erleichtert ihnen die Arbeit und jungen InteressentInnen den Einstieg in das «Kapital».

Im zweiten Teil des Workshops baute Erwin Heil, Online-Redakteur der Rosa-Luxemburg-Stiftung, eine Brücke vom Seminarraum zum Social Web. Ergänzt werden die «Kapital»-Lesekurse, die die Stiftung anbietet, nämlich durch Audiomitschnitte aller Vorträge auf «SoundCloud». Sie ermöglichen eine Fortsetzung der Diskussion im Web und geben durch ihre punktgenaue Kommentarfunktion in der Timeline, spezifische User-Gruppen und andere Features den webaffinen «Kapital»-LeserInnen neue kommunikative Werkzeuge an die Hand.

Enttäuschend war die dürftige Resonanz auf die meisten Arena-Veranstaltungen. Mitunter verlor sich nur eine Handvoll BesucherInnen in den Hörsälen. LiMA-Geschäftsführer Christoph Nitz versprach für das kommende Jahr eine Entzerrung des Zeitplans des fünftägigen Kongresses, damit es weniger Überschneidungen von Werkstatt- und Debattenangeboten gibt.

DAYSE FREITAS, HENNING HEINE UND ERWIN HEIL SIND MITARBEITERINNEN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

ANDREAS MERKENS

ERHEBLICHER WIDERSTAND

VERANSTALTUNGSREIHE «EUROPA – HEGEMONIE – KRISE» IN HAMBURG

Die aktuelle Krise befördert eine gesellschaftliche Ahnung von den Grenzen und der Endlichkeit kapitalistischer Arbeits- und Lebensweisen. Welche Anforderungen bestehen in dieser Situation an Theorie und Praxis einer europäischen Linken? Diese Fragen wurden in Hamburg Anfang des Jahres in vier Vortrags- und Podiumsveranstaltungen diskutiert.

Antonio Gramscis Diktum, dass die Krise gerade in der Tatsache besteht, dass das Alte stirbt und das Neue nicht zur Welt kommen kann, stand im Mittelpunkt der Auftaktveranstaltung am 28. Februar 2012 mit Benjamin Opratko und Oliver Prausmüller. Die Autoren des Buches «Gramsci Global» skizzierten das begriffliche Handwerkszeug des italienischen Marxisten und stellten Begriffe wie «Hegemonie», «integraler Staat» oder «organische Krise» zur Diskussion.

Was sind die verbindenden Elemente der Aufstände und Revolten in den arabischen Ländern und der sozialen Proteste in Südeuropa und den USA? Dieser Frage gingen Pedram Shayhar, Ismail Küpelli und Vassilis Tsianos auf einer Podiumsdiskussion zwei Wochen später nach. Kontrovers wurde diskutiert, ob die «Rückkehr der Kämpfe» Ausdruck einer sich solidarisch internationalen Bewegung ist, die auch in Symbolik, Semantik und ihren praktischen Aktionsformen aufeinander Bezug nimmt. Am 22. März veranschaulichte Thomas Sablowski von der Rosa-Luxemburg-Stiftung,

dass der Finanz- und Wirtschaftskrise nur mit kurzatmigen Regulierungsversuchen begegnet wird. Sie sind kaum geeignet, die Lage in den Griff zu bekommen. Vielmehr produzieren sie in einem ungeheuren Ausmaß Verlierer und Gewinner. In dieser Situation darf die Linke in Europa nicht allein nur die Ursachen benennen, sondern muss konkret gegen die neoliberalen Akteure der europäischen Krisenpolitik Front machen.

In Griechenland verdichten sich die Krisenphänomene. Nicht überraschend also, dass bei allen Veranstaltungen die griechische Entwicklung eine Rolle spielte. Die Abschlussveranstaltung am 19. April mit Gregor Kritidis, der die weitreichende Entmachtung des Athener Parlaments durch die Troika von EU, IWF und EZB in den Mittelpunkt stellte, knüpfte dann auch an zahlreiche diskutierte Aspekte der Reihe an. Angesichts der von Brüssel verordneten «Schocktherapie» werden die bisherigen Formen politischer Repräsentation zusehends zersetzt, und es formiert sich erheblicher Widerstand. Dass die griechische Linke allein Alternativen formulieren kann, bezweifelte Kritidis. Um den notwendigen Druck für politische Veränderungen zu erzeugen, sei vielmehr die Herausbildung einer wirk- und hegemoniemächtigen europäischen Linken unabdingbar.

ANDREAS MERKENS IST VORSITZENDER DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG HAMBURG

CORNELIA HILDEBRANDT

GEFAHR VON RECHTS

EINE TAGUNG IN MAILAND UNTERSUCHTE POPULISTISCHE PARTEIEN IN EUROPA

Angesichts der globalen Krise des Kapitalismus greift eine Kultur der Ausgrenzung und der Angst um sich. Nutznießer in vielen Ländern Europas sind vor allem rechtspopulistische Parteien.

Die Herausbildung dieser Parteien und ihr Verhältnis zu rechtskonservativen und rechtsextremen Parteien in den Blick nahm vom 8. bis 10. März 2012 eine Konferenz in Mailand. Eingeladen hatte das Netzwerk transform!, in dem neben der Rosa-Luxemburg-Stiftung 21 weitere europäische Forschungs- und Bildungseinrichtungen aus 16 Ländern zusammengeschlossen sind.

Unter anderem wurde in Mailand der Frage nachgegangen, welche soziale, politische und kulturelle Basis rechtspopulistische Parteien und Gruppierungen in Europa haben. Wie sich dies in den einzelnen Ländern der EU konkret darstellt, wurde an den Beispielen von Ungarn, Italien, Griechenland, Frankreich und Deutschland untersucht. Ergänzt wurden die Länderberichte durch die Darstellung des Wirkens der rechten Fraktionen im Europaparlament.

Deutlich wurde dabei der Doppelcharakter dieser Parteien. So sind sie einerseits deutliches Symptom radikaler Umbrüche sozialstaatlicher Demokratien und rechtsstaatlicher Deformationen in Europa, andererseits selbst treibende Kräfte dieser Veränderung in eine autoritäre Richtung. Zu einem ähnlichen Ergebnis kam Ernesto Laclau in

seinem Eingangsbeitrag. Der scheinbare Verzicht populistischer Politikangebote auf klassenspezifische Fragen, so Laclau, bedient sich zugleich der Klassenspaltungen infolge von Deregulierung, Flexibilisierung und Prekarisierung und nutzt sie zur Legitimation neoliberal-autoritärer Herrschaftsformen.

Die Mechanismen und Folgen rechtspopulistischer Versprechen und Politikangebote aufzuzeigen kann für die Linken in Europa nicht ausreichen. Will sie diesen Entwicklungen wirksam entgegen treten, muss sie gemeinsame Projekte europäischer Sozialstaatlichkeit entwickeln, die die soziale und politische Spaltung der subalternen Klassen überwinden. Ob dabei ein von links besetzter Populismus hilfreich sein kann, wurde kontrovers diskutiert. Nicht zuletzt deshalb, weil die Linke mit einem patriotisch formulierten Antikapitalismus Gefahr laufe, nach rechts anschlussfähig zu werden. Was gebraucht wird, darin waren sich die Teilnehmenden des Seminars einig, ist eine populäre, also am konkreten Alltag der Menschen ansetzende Kapitalismuskritik, eine von links formulierte Kritik der Entleerung demokratischer Verfahren und linke Bündnisse für solidarisch gesellschaftsverändernde Projekte in Europa.

CORNELIA HILDEBRANDT IST REFERENTIN FÜR PARTEIEN UND SOZIALE BEWEGUNGEN IN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

MALTE DANILJUK

WIR HABEN KEINE ANGST MEHR

SPEAKERSTOUR ARABISCHE REVOLUTION: AKTIVISTINNEN BERICHTETEN

Welche Ursachen hatten die Umbrüche in Ägypten und Tunesien? Und wie sieht die politische Situation heute aus? Diese Fragen beantworteten AktivistInnen aus Nordafrika, die vom 12. bis zum 24. März 2012 auf Einladung der Rosa-Luxemburg-Stiftung und Attac durch Deutschland tourten.

Daneben interessierte eine Einschätzung der verschiedenen islamischen Kräfte – vor allem nach den Wahlen in den beiden Ländern. Da sowohl in Ägypten als auch in Tunesien soziale Motive die Proteste bestimmten – so unisono Ziyad Farag (People Socialist Alliance Party), Messaoud Romdhani (Tunisian League for Human Rights), Akram Youssef (Alliance of Progressive Youth of the Revolution) und Azza Chamkhi (L'Association Raid Attac Cadtm Tunisie) –, werden sich die Erfolge der islamischen Parteien als vorübergehend erweisen. «Sie lösen keine sozialen Probleme, sondern wirken nur karitativ in der Gesellschaft», so Messaoud Romdhani. «Sollten wieder Unruhen unterdrückt werden müssen, weil eine weitere Forderung des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank zu höheren Lebenshaltungskosten und Entlassungen führt, hätte es die islamistisch dominierte Regierung in Tunesien sehr schwer: Die Menschen haben nach dem Sturz von Ben Ali keine Angst mehr.»

Auch wenn für Ägypten die Bilanz kritischer ausfällt, da hier weiterhin eine repressive Militärjunta regiert, lautete die Analyse von Ziyad

Mohamed Farag ähnlich: «Nach dem Zusammenbruch des Tourismus ist die Arbeitslosigkeit noch einmal stark angestiegen. Die Militärregierung führt die Politik des Mubarak-Regimes unablässig fort: Privatisierungen, Korruption, Repression. Die Versprechungen der karitativ tätigen und moralisch integer erscheinenden islamistischen Organisationen fallen auf fruchtbaren Boden. Aber nach und nach merken die Menschen, dass neben dem Beschwören religiöser Werte keine Lösungen für gesellschaftliche Probleme wie Arbeitslosigkeit, fehlende Bildung für alle, bezahlbare Lebensmittel, Einbrüche beim Tourismus etc. angeboten werden. Die politische Linke hat Konzepte und Lösungsvorschläge, aber sie benötigt mehr Zeit, die Leute davon zu überzeugen.»

Zudem gingen die AktivistInnen, die das deutsche Publikum als sehr gut informiert empfanden, immer wieder auf die Verantwortung Europas für den weiteren Verlauf der Prozesse in Nordafrika ein. Am Ende der erfolgreichen Rundreise lud Messaoud Romdhani die Stiftung und die lokalen Veranstalter herzlich zum Weltsozialforum 2013 nach Tunesien ein.

Mehr Informationen im Online-Dossier «Revolution in Nordafrika» unter www.rosalux.de/arabische_revolution.

MALTE DANILJUK IST REFERENT FÜR INTERNATIONALE POLITIK UND SOZIALE BEWEGUNGEN IN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

MARIO CANDEIAS

LINKE IM DIALOG

FORUM ZU ENERGIEDEMOKRATIE UND GRÜNEM SOZIALISMUS IN ERFURT

Linke fordern zu Recht, dass beim Thema Ökologie soziale Belange nicht vernachlässigt werden sollten, und kritisiert, dass ökologische Modernisierung ohne gesellschaftliche Transformation zu kurz greift. Sozialer und ökologischer Umbau gehören untrennbar zusammen.

Über die notwendige Kritik hinaus geht es auch um konkrete Alternativen. Deshalb setzt DIE LINKE ebenso wie zahlreiche Bewegungen den diversen Varianten eines Grünen Kapitalismus Elemente eines Grünen Sozialismus entgegen. Dass es dabei nicht um fertige Blaupausen geht, war Gegenstand des 1. Dialogforums der Rosa-Luxemburg-Stiftung am 30. März in Erfurt. Zusammen mit Aktiven aus der Ökologiebewegung und den Gewerkschaften wurden dort drei Konzepte aus der Partei DIE LINKE diskutiert, kommentiert – aber auch kritisiert.

Auf lokaler und regionaler Ebene finden sich zahlreiche Beispiele für einen Einstieg in den «Energiesystemwechsel», wie Hermann Scheer ihn gefordert hat. Darin verbindet sich schon jetzt eine Dezentralisierung der Energieproduktion mit einer Demokratisierung von Macht- und Eigentumsverhältnissen. «Regenerativ, regional und dezentral» – mit diesen Leitlinien bringen der LINKE-Fraktionschef im Thüringer Landtag, Bodo Ramelow, und die Parlamentarische Geschäftsführerin der LINKEN-Bundestagsfraktion, Dagmar

Enkelmann, ihr Modell einer Energiedemokratie auf den Punkt. Mobilität ist vor allem Automobilität. Die verkehrspolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion der LINKEN, Sabine Leidig, setzt dagegen das Projekt der «solidarischen Mobilität». Es baut auf kostenlosen öffentlichen Nahverkehr, intelligente Verknüpfung der Verkehrssysteme und den Umbau der Stadtstrukturen. Unterstützung findet sie bei Ökoverbänden und -bewegungen, die gerade eine «Initiative solidarische Mobilität» gegründet haben – unterstützt von der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Doch nicht nur einzelne Bereiche, die gesamte Produktionsstruktur sowie die Lebensweise müssen ökologisch transformiert werden. Hans Thie stellte in Erfurt einen noch genauer auszuarbeitenden Vorschlag der Bundestagsfraktion der LINKEN vor: das «Rote Projekt für einen grünen Umbau». Weil die ökologische Umgestaltung auch «VerliererInnen» haben wird, braucht es Strategien für gerechte Übergänge. Die in Erfurt vorgestellten Projekte formulieren im besten Sinne Alternativen einer «revolutionären Realpolitik» (Rosa Luxemburg). Die «Gesellschaftlichen Dialoge» der Stiftung wollen dazu einen Beitrag leisten, sie laden ein, «über Alternativen zu reden» – und gemeinsam daran zu arbeiten. Mehr unter: alternativen.blog.rosalux.de.

MARIO CANDEIAS IST REFERENT FÜR KAPITALISMUSKRITIK UND GESELLSCHAFTSANALYSE IN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

ANJA MAYER

LISTEN TO ME

VERANSTALTUNG ZUM FRAUENTAG

«Kein Podium? Echt jetzt? Und stattdessen?» Im Vorfeld der Veranstaltung «Listen to me, Baby! Neue und alte Kommunikationsräume von Frauen» der Rosa-Luxemburg-Stiftung am 10. März 2012 in Berlin bekamen wir diese Fragen häufig zu hören.

Die Veranstaltung war Programmteil der Verleihung des Clara-Zetkin-Preises, den die Partei DIE LINKE seit 2011 anlässlich des Internationalen Frauentages vergibt. Aber die drei eingeladenen Referentinnen kamen offensichtlich gut mit dem ungewohnten Veranstaltungsformat zurecht: Viviana Uriona, Politikwissenschaftlerin, Medienaktivistin und ehemalige Stiftungsstipendiatin, fragte gar nicht erst nach einem Podium, sondern brachte ihren Film «Sachamanta – Community Radios in Nordargentinien» mit. Im gut besuchten Palais der Berliner Kulturbrauerei berichtete sie über Frauen, die freie Radios in Argentinien betreiben. Julia Lemmle, Dozentin für Rhetorik und Genderkompetenz sowie Künstlerin, fand die Idee, in kleinen Gruppen mit VeranstaltungsbesucherInnen ins Gespräch zu kommen, von Anfang an spannend und genoss es ganz offensichtlich, in diesem Rahmen über ihre Arbeit zu berichten, die sich immer wieder in ganz unterschiedlichen Formen mit den großen Themen Sexismus, Rassismus und Kapitalismus befasst.

Nadine Lantzsch vom Verein Mädchenmannschaft erschloss für uns die unendlichen Weiten des Internets und sprach über Möglichkeiten und Grenzen feministischen Aktivismus. Und Konstanze Kriese hatte die anspruchsvolle Aufgabe, die Vortragenden und



Gut besuchte Veranstaltung in der Berliner Kulturbrauerei
Foto: Kameradist Wagner

etwa 80 Teilnehmenden nicht nur durch den Abend, sondern im wörtlichen Sinne durch den neu entstandenen Kommunikationsraum in der Berliner Kulturbrauerei zu führen. Dies tat sie mit großer Neugier und Feingefühl: Sie fragte viel nach, knüpfte nicht geahnte Querverbindungen und formulierte hier und da auch Nebulöses.

Was den Abend besonders machte, war, dass die BesucherInnen nach einer kurzen Vorstellung und Einführung der Referentinnen direkt zu den überall platzierten Stehtischen gehen und dort ohne viel Aufhebens ihre Fragen stellen und mit den Projektmacherinnen diskutieren konnten. Viele TeilnehmerInnen berichteten von eigenen Projekten, äußerten Gedanken und Ideen, die sie schon immer einmal loswerden wollten und fragten, was sie schon immer einmal fragen wollten. Daher galt nicht nur das Motto: Listen to me, sondern auch: Talk to us, Baby!

**ANJA MAYER STUDIERT SOZIOLOGIE UND ARBEITET MIT IN DER AG FERIE-
AKADEMIE DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG**

KARL-HEINZ HEINEMANN

KINDER IHRER ZEIT

KONFERENZ ÜBER STUDIERENDE ZWISCHEN RESIGNATION UND REVOLTE

Spontan hatte sich Andreas Meyer-Lauber, der DGB-Vorsitzende von Nordrhein-Westfalen, entschlossen, die vom DGB mitveranstaltete Konferenz «Zwischen Resignation und Revolte» an der Kölner Universität zu eröffnen.

Denn für die Gewerkschaften ist es eine offene und auch drängende Frage, die dort verhandelt wurde, nämlich wofür und wie Studierende sich heute politisch und sozial engagieren. Neben Meyer-Lauber folgten mehr als 100 WissenschaftlerInnen, GewerkschafterInnen und vor allem Studierende der Einladung der Rosa-Luxemburg-Stiftung NRW, des DGB, des Freien Zusammenschlusses von StudentInnenschaften, des Bundes demokratischer WissenschaftlerInnen und des Kölner AStA.

Tino Bargel von der Universität Konstanz referierte Ergebnisse seiner empirischen Forschung zur Bewusstseinsentwicklung von Studierenden. Nicht so sehr der reale Druck von außen belastete diese, sie würden sich vielmehr selbst unter Druck setzen. Die Bewältigung des Studiums bereite vielen schlaflose Nächte. Unter ihnen wachse die Gruppe der «labilen Demokraten», deren Glauben an die Wirksamkeit demokratischer Institutionen durch eine scheinbar alternative, vom vermeintlichen Sachzwang diktierte Politik unterhöhlt

sei. Die Hamburger Hochschulforscherin Margret Bülow-Schramm stimmte dem von Bargel gezeichneten Bild der Studierenden grundsätzlich zu, wollte daraus aber keine Zukunftsprognosen ableiten. Sie verwies auf die Geschichte der Studentenbewegung: Studierende seien Kinder ihrer Zeit, auch in ihrem Verhältnis zum demokratischen Engagement. Nach ihren Beobachtungen geben sich Studierende heute keineswegs zufrieden mit einer einseitigen Ausrichtung ihrer Ausbildung auf «Employability». Sie hätten trotz aller «Reformen» weiterhin das Bedürfnis nach inhaltlicher Orientierung und hätten sich die Fähigkeit erhalten, über den eigenen Tellerrand hinauszuschauen. Leonor Abujatum, chilenische Studentin und Stipendiatin der Rosa-Luxemburg-Stiftung, sprach über Erfahrungen in ihrem Herkunftsland. Das Beispiel Chile zeige, wie sich fundamentale Kritik am Neoliberalismus und Ein-Punkt-Bewegungen in neuen Formen zu einem breiten sozialen Protest zusammenfügen können. Mitschnitte der Konferenz werden in Kürze auf den Internetseiten der Rosa-Luxemburg-Stiftung NRW und der Konferenz-Homepage (www.studierendenbewusstsein.de) zugänglich sein.

**KARL-HEINZ HEINEMANN IST BILDUNGSJOURNALIST UND VORSITZENDER DER
ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG NRW**



Auch ein Anfang. 25.000 Menschen demonstrierten am 19. Mai in Frankfurt am Main gegen das Spardiktat der Troika. Foto: Eoghan O'Lionnain/Flickr

LUTZ BRANGSCH

ANTWORTEN GEBEN

GRUNDSATZFRAGEN STEHEN AM 29. JUNI IN BERLIN ZUR DISKUSSION

Im Zuge der Krise wird endlich wieder offensiv Kapitalismuskritik geübt. In den letzten Jahren haben wir ein Wiedererstarken der Gewerkschaften erlebt. Neue soziale Bewegungen, vom Protest gegen Stuttgart 21 bis hin zu Occupy, sind entstanden.

Was fehlt, ist eine durchsetzungsfähige transformatorische Kraft, die ein Umsteuern einleiten kann. Noch ist aus den sozialen Bewegungen, Gewerkschaften und linken Parteien nicht der Druck erwachsen, der einen Richtungswechsel einleiten könnte. Wie jedoch kann ein breiter gesellschaftlicher Dialog aussehen, der Fragen der gerechten Umverteilung, der sozial-ökologischen Umgestaltung, der Demokratisierung und umfassenden Solidarität verknüpft? Die Wahlergebnisse der jüngsten Vergangenheit haben gezeigt, wie schwierig die Suche nach Alternativen zum gegenwärtigen Mainstream ist. Die Angst vor radikalen Brüchen scheint stärker zu sein als die Angst vor den verschiedenen Varianten des «Weiter so», wie sie von CDU bis Piraten vertreten werden.

Mit ihrem Projekt «Lasst uns über Alternativen reden ...» versucht die Rosa-Luxemburg-Stiftung, Positionen und Ideen in Abgrenzung zu gängigen neoliberalen Mythen wieder in die Diskussion zu bringen. In den letzten zwei Monaten wurden bereits zwei Foren zu den Themen Energiewende und Finanzmarktkapitalismus durchgeführt (vgl. Seite 6). Am 29. Juni soll nun die Grundsatzfrage gestellt werden: Sind Alternativen jenseits einer wirtschaftsliberalen Logik überhaupt noch sinnvoll zu denken und zu realisieren? Zu dieser Diskussion sind VertreterInnen von drei verschiedenen politischen Strömungen geladen. Annelie Buntenbach wird mögliche Alternativen aus der Sicht der deutschen Gewerkschaftsbewegung darle-

gen. Harald Welzer wird sein Projekt «Futur III» (www.futur-iii.de) und seine «humanistische Kritik des Kapitalismus» vorstellen. Ähnlich wie Sahra Wagenknecht in ihrem jüngsten Buch spricht er sich für eine wahre Marktwirtschaft aus, die einem fairen und innovativen Wettbewerb Raum gibt, jenseits eines nur durch Eigentum begründeten, leistungslosen Einkommens. Schließlich ist Gregor Gysi eingeladen, der darüber referieren wird, wie sich eine Partei wie DIE LINKE in diesem Suchprozess nach anderen Entwicklungsperspektiven positionieren könnte. Damit ist das Spektrum kapitalismuskritischer Strömungen aufgezeigt – und auch das Problem. Außer bei der LINKEN werden Alternativen meist im bestehenden Kapitalismus gesucht. Hat dies mit der Angst der Menschen vor der eigenen Courage zu tun, mit der Angst, selbst die Probleme dieser Welt lösen zu müssen?

Der Aufstieg der Piraten legt dies nahe. Auch im Umfeld der LINKEN wird deren Erfolg vor allem an dem Wunsch nach anderen Formen von Politik festgemacht und weniger an Inhalten und Zielen. So scheint es eher unwichtig zu sein, dass der neue Vorsitzende der Piraten offensichtlich ein Befürworter von Auslandseinsätzen der Bundeswehr ist. Das Spannende an der Ende Juni stattfindenden Diskussion wird sein, wie VertreterInnen der verschiedenen Strömungen das Verhältnis von Formen und Inhalten alternativer Politik bewerten. Tatsächlich besteht die aktuelle Herausforderung linker Politik darin, emanzipatorische Formen und Inhalte sinnvoll miteinander zu verknüpfen und viel stärker als zuvor in den Mittelpunkt ihres Handelns zu rücken.

LUTZ BRANGSCH IST REFERENT FÜR DEMOKRATIE UND STAAT IN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

AXEL KRUMREY

FEIERN NICHT VERSÄUMEN

STIFTUNG IST MITORGANISATORIN DES FÜNFTEN FESTES DER LINKEN

Ein wenig mehr als Bockwurst und Bier soll das diesjährige «Fest der Linken» vom 15.–17. Juni in der Berliner Kulturbrauerei schon bieten. Auch wenn die größte linke Partei des Landes gerade im Selbstfindungsprozess steckt, soll das die Stimmung nicht verhaseln. Wie sang schon Müller-Westernhagen: «Alle, die von Freiheit träumen, soll'n das Feiern nicht versäumen!»

Es ist gute Tradition geworden, dass sich die Rosa-Luxemburg-Stiftung an der inhaltlichen Ausrichtung des Festes beteiligt. Gert Gampe, der die Vorbereitungsgruppe leitet, machte aber bereits bei Planungsbeginn deutlich: «Es wird sichtbare Veränderungen im Programm geben. Wir brauchen mehr Fest und Kultur. Deshalb geht es um wirkliche politische Leuchttürme, was die Themen und die Mitwirkenden anbelangt.» Unter dieser Maßgabe wird die Stiftung drei Veranstaltungen mit ganz unterschiedlichen Formaten anbieten.

In einer szenischen Lesung anlässlich des 100. Geburtstags von Stefan Heym im kommenden Jahr werden seine literarischen Texte vorgestellt. Im Dialog prominenter DarstellerInnen soll dem Publikum die Person Stefan Heym als «einer, der nie schwieg», nähergebracht werden. Dialog ist auch das Stichwort für die Veranstaltung zur Krise in Europa. Zwar werden hier auch VertreterInnen von Protestbewegungen aus Griechenland und Spanien zu Wort kommen, aber im

Zentrum wird die Frage an die BesucherInnen stehen, wie sie selbst die Krise und ihre Auswirkungen wahrnehmen. Eher klassisch wird das Panel zu rechter Gewalt und staatlicher Ohnmacht aufgebaut sein. Im Themenfeld engagierte Gäste wie Petra Pau oder der Uwe-Karsten Heye werden dabei den Bogen von Anfang der 1990er Jahre bis heute spannen. Damals bejubelten in Rostock und Hoyerswerda Tausende tagelang rassistische Gewalt. Heute verlieren Abgeordnete ihre Immunität, weil sie Blockaden gegen Neonazis unterstützen. Und parallel bezahlt der Verfassungsschutz über ein ganz offensichtlich nutzloses Netzwerk von V-Leuten die Parteiarbeit der NPD. Begleitet von dem Kabarettisten Gerd Hoffmann sollen unter dem Titel «Mit dem Rechten sieht man schlechter» die verschiedenen Facetten rechter Umtriebe, linker Ohnmacht und staatlicher Kapriolen problematisiert werden.

Henning Obens, einer der drei Projektverantwortlichen der Stiftung, ist optimistisch, dass das Fest auch mit diesen ernsten Themen ein Erfolg werden wird: «Uns ist in diesem Jahr ein guter Mix gelungen. Wir greifen aktuell-politische Fragen auf, ermöglichen den Gästen aber auch das gemütliche Zwiegespräch.» Und vielleicht hat ja wenigstens das Wetter ein Einsehen mit der Linken.

AXEL KRUMREY IST REFERENT IM BÜRO DER GESCHÄFTSFÜHRUNG DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

KARSTEN KÖHLER/NADINE MCNEAL/THOMAS LAND/TIM WINZLER

MARX IN LEIPZIG

VORLESUNGSREIHE ZUR KRITIK DER POLITISCHEN ÖKONOMIE

Gegenwärtig finden Vorträge an der Universität Leipzig zum Werk und Denken von Karl Marx statt. Das Hauptziel der Vorlesungsreihe «MarxExpedition» ist, wie der Titel vermuten lässt, explorativ, und zwar im doppelten Sinne.

Einerseits soll der Abwesenheit Marx'scher Konzepte in vielen sozialwissenschaftlichen Seminaren und Vorlesungen entgegengewirkt werden, indem wir zeigen, dass mit Marx zwar nicht alle, aber ohne Marx viele Phänomene unserer gegenwärtigen Gesellschaft nur sehr eingeschränkt verstanden werden können.

Wir wollen die Marx'schen Ideen denen zugänglich machen, die sich bisher nicht dafür begeistern konnten. Dadurch soll eine breitere Marx-Rezeption angeregt werden. Zudem erhoffen wir uns von den Vorträgen neue Impulse in Richtung einer enger vernetzten und wissenschaftlich fundierten Auseinandersetzung mit Marx, die dabei helfen kann, die Marx'sche Theorie an deutschen Universitäten zu rehabilitieren.

Bereits die beiden ersten Veranstaltungen mit Michael Heinrich («Das Marx'sche «Kapital» in Zeiten der Finanzkrise») und Ingo Elbe («Anonyme Herrschaft und Fetischismus. Moderne Machtverhältnisse und ihre Selbstverrätselung») waren sehr gut besucht und wurden sehr gut aufgenommen. Weitere Elemente des Marx'schen Denkens werden Christoph Türcke («Marx und die Grenzen der Dia-

lektik» am 23. Mai), Christian Schmidt («Entfremdung – die Schizophrenie im Kapitalismus» am 31. Mai), Alex Demirović («Wie normativ ist die Marx'sche Kritik der kapitalistischen Gesellschaft?» am 11. Juni), Ulrich Brieler («Empire-Trilogie von Negri und Hardt» am 19. Juni), Heiner Ganßmann («Kapital und Arbeit – ein aktueller Gegensatz?» am 28. Juni) und Joachim Hirsch («Form und Geschichte des kapitalistischen Staates» am 5. Juli) vorstellen. Den Abschluss bildet der zusammenfassende Ausblick von Klaus Dörre auf «Landnahme und Wachstumszwang. Zu den Grenzen kapitalistischer Dynamik» am 12. Juli.

Anders als bei anderen Vortragsreihen ist ein wesentliches Ziel dieses Projektes, Interesse und Begeisterung für die Beschäftigung mit Marx und seinem Denken gerade unter denjenigen Studierenden zu wecken, die sich bisher noch nicht für einen der Begründer der modernen Sozialwissenschaften interessieren oder begeistern konnten. So sollen möglichst viele TeilnehmerInnen für die «Kapital»-Lesekreise gewonnen werden.

Weitere Informationen sowie genauere Angaben zu Zeit und Ort der jeweiligen Veranstaltungen sind auf www.marxexpedition.de einsehbar.

KARSTEN KÖHLER, NADINE MCNEAL, THOMAS LAND UND TIM WINZLER SIND STUDIERENDE AN DER UNIVERSITÄT LEIPZIG

BERND LÖFFLER/THOMAS BARTH/UWE FLURSCHÜTZ

KRISE UND TRANSFORMATION

VERANSTALTUNGSREIHE ZUM SOZIAL-ÖKOLOGISCHEN UMBAU

In diesem Jahr jährt sich die UN-Umweltkonferenz von Rio de Janeiro zum 20. Mal. Den Hintergrund dieses Jubiläums bilden eine sich in den letzten Jahren verschärfende multiple Krise (Finanzen, Klima, Energie, Ernährung etc.), eine erstarkende kapitalismuskritische Bewegung und als systemkonformer Ansatz das Projekt des Grünen Kapitalismus.

Angesichts dieser Entwicklungen ist klar, dass sich Prozesse des gesellschaftlichen Wandels bereits in vollem Gange befinden. Offen ist aber, wohin es gehen wird und wie sich der Wandel ökologisch konsequent und sozial gerecht gestalten lässt. In diesem Zusammenhang planen die Landesstiftungen in Thüringen und Sachsen-Anhalt eine Veranstaltungsreihe unter dem Titel «Sozial-ökologische Transformationsprozesse». In deren Mittelpunkt steht eine Tagung zu «Wachstumskritik und alternativen Entwicklungspfaden», die am 30. Juni an der Universität Jena stattfinden wird. Bei der Bewältigung der oben erwähnten Krisenprozesse und der vor uns liegenden ökologischen Herausforderungen sind grundlegende gesellschaftliche Veränderungen notwendig.

Umstritten ist jedoch, inwieweit diese dem Kapitalismus eine neue, zumindest zeitweilige ökonomische Basis verschaffen können und somit die Problemlösungen zeitlich und räumlich verlagern werden oder ob es nicht längst an der Zeit ist, aus dem Diktat des «Immer schneller – immer weiter» auszubrechen. Warum ist Wachstum überhaupt problematisch? Wie können Szenarien eines Postwachs-

tums aussehen? In dieser Diskussion spielen Wachstumskritik und verschiedene Überlegungen zum Postwachstum eine Schlüsselrolle. Die Vorstellung und Diskussion von Ansätzen und Hindernissen alternativer Entwicklungspfade mit AkteurInnen aus diversen sozialen Bewegungen und der Ökologiebewegung sowie aus der Arbeitswelt sollen auf der Tagung für eine gewisse Praxisnähe sorgen.

Als ReferentInnen und ModeratorInnen sind unter anderen eingeladen: Friederike Habermann, Bernhard Krabiell, Sabine Leidig, Barbara Muraca, Tazio Müller und Christa Wichterich. Die Tagung ist eingebettet in eine Reihe von Begleitveranstaltungen.

Bereits kritisch kommentiert und debattiert wurde der sogenannte Rio-Prozess von Tazio Müller sowie die «Finanzialisierung der Natur» von Georg Kössler im Rahmen des Kongresses der Bundeskoordination Internationalismus in Erfurt. Eine Veranstaltung unter dem Titel «Extraktivismus: Rohstoffe für den Norden – Konsequenzen für den Süden» soll im Juli folgen. Am 13. September schließlich wird als Abschluss der Reihe eine Veranstaltung mit Achim Brunnengräber unter dem Titel «Klima – Energie – Multiple Krise. Hoffnungen und Hindernisse einer großen Transformation» in Jena stattfinden.

BERND LÖFFLER IST REGIONALBÜROLEITER DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG IN ERFURT. THOMAS BARTH UND UWE FLURSCHÜTZ GEHÖREN DEM VORSTAND DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG THÜRINGEN AN

ANDREAS THOMSEN

HIN ZU MEHR SACHLICHKEIT

BUNDESWEITES BILDUNGSMODUL ZUM NAHOSTKONFLIKT ENTWICKELT

Kein anderer internationaler Konflikt wird in der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit und gerade aufseiten der Linken so kontrovers und emotional diskutiert wie der zwischen Israel und Palästina.

Die Konfliktlinien im Nahen Osten erscheinen in der jeweiligen Wahrnehmung oftmals als verhärtet und festgefahren, was zu einfachen Antworten, einseitigen Schuldzuschreibungen sowie generalisierenden Schlussfolgerungen verleiten kann. In der Realität stellt sich der Konflikt hingegen vielschichtiger und komplexer dar, als es die Diskussionen in der politischen Linken hierzulande bisweilen nahelegen.

Vor diesem Hintergrund ist der Nahostkonflikt ein wichtiges Thema für linke politische Bildungsarbeit und somit auch für die Rosa-Luxemburg-Stiftung. Deshalb hat die Projektgruppe AG Nahost der Stiftung, unterstützt durch die Anregungen und Erfahrungen aus den Landesstiftungen, zu diesem Thema ein neues Bildungsmodul konzipiert, das langfristig in allen Bundesländern zum Einsatz kommen soll. Die Veranstaltungsreihe verbindet verschiedene Formate wie Vorträge, Filmvorführungen, Diskussionsrunden, Gruppenarbeit, Rollenspiele und andere methodische Zugänge inhaltlich und

didaktisch miteinander, um einerseits Basiswissen zu vermitteln und gleichzeitig eine vertiefende Auseinandersetzung mit dem Thema zu ermöglichen. Ziel ist eine sachlich fundierte und wissenschaftlichen Kriterien entsprechende Annäherung und Beschäftigung mit der Geschichte und Gegenwart des Nahostkonflikts.

Das Bildungsmodul versucht, nicht nur der Komplexität des Palästina-Israel-Konflikts gerecht zu werden, sondern auch die Bandbreite an Standpunkten zu diesem Thema im politischen und gesellschaftlichen Umfeld der Stiftung zu reflektieren. Insgesamt gibt es drei Workshops: Workshop 1 (eintägig) zu «Israel und Palästina: Zionismus und Nakba. Zwei Narrative, die einander ausschließen?», Workshop 2 (1,5 Tage) zu «Gesellschaft und Politik in Israel und Palästina» sowie Workshop 3 (eintägig) zu «Die deutsche Linke und der Nahostkonflikt». Seit Frühjahr 2012 werden diese zunächst in Schleswig-Holstein, Bayern und Sachsen angeboten.

Der Projektgruppe AG Nahost gehören an: Marcus Hawel (koordinierend), Malte Daniljuk, Verena Liebel, Salvador Oberhaus und Andreas Thomsen.

ANDREAS THOMSEN IST WISSENSCHAFTLICHER MITARBEITER IM BÜRO DER GESCHÄFTSFÜHRUNG DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG



Durchwachsene Bilanz. Nur selten erreichten politische Streiks – wie hier in Frankreich 2009 – in den letzten Jahren ihr Ziel. Foto: lemarakk/Flickr

FLORIAN WILDE

SPITZENREITER GRIECHENLAND

ZUR NOTWENDIGKEIT POLITISCHER STREIKS IM EUROPA DER KRISE

Die Zahl der politischen und Generalstreiks – verstanden als Streiks, die sich explizit gegen Regierungshandeln wie etwa Rentenkürzungen und andere Formen des Sozialabbaus richten – steigt in Westeuropa seit drei Jahrzehnten kontinuierlich an. In den 1980er Jahren führten die Gewerkschaften Westeuropas 18, in den 1990er Jahren 26 und in den 2000er Jahren 37 Generalstreiks durch.

Seit dem Ausbruch der gegenwärtigen Wirtschafts-, Finanz- und Währungs Krise ist ihre Zahl noch einmal massiv gestiegen: Allein in den Jahren 2010 und 2011 griffen Gewerkschaften 24 Mal zu dem Mittel eines Generalstreiks, 2012 fanden bereits Streiks in Griechenland, Belgien, Portugal und Spanien statt. Unangefochtener Spitzenreiter der westeuropäischen Generalstreikstatistik ist Griechenland, gefolgt von Italien, Frankreich, Belgien und Spanien. Aber auch in traditionell weniger streikfreudigen Ländern wie den Niederlanden, Norwegen und Österreich kam dieses Mittel zum Einsatz. Hinzu kommen sektorale Massenstreiks mit explizit politischer Stoßrichtung wie etwa in Großbritannien im November 2011. Besonders erstaunlich ist diese Zunahme an Generalstreiks vor dem Hintergrund der seit Mitte der 1970er Jahre extrem gesunkenen Zahl der insgesamt durch Streiks verlorenen Arbeitstage.

Zwei wichtige strukturelle Veränderungen kommen in dieser Entwicklung zum Ausdruck: Der Rückgang ökonomischer Betriebs-

und Branchenstreiks reflektiert die geschwächte Stellung der abhängig Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften im Zuge der postfordistischen Wende der kapitalistischen Produktionsweise. Outsourcing, prekäre Beschäftigungsverhältnisse, wachsende Arbeitslosigkeit, territoriale Versprengung und netzwerkartige Neustrukturierung der Produktion unter den Bedingungen der Globalisierung erschweren die Handlungsmöglichkeiten abhängig Beschäftigter und machen sie verwundbarer. Da auch ökonomische Streiks oft kaum noch eine ganze Branche erfassen, wächst die Angst der Beschäftigten, bei Streikteilnahme entlassen zu werden. Wenn sich nur einzelne Betriebe an einem Streik beteiligen, gewinnt das Unternehmerargument an Gewicht, der «eigene» Betrieb würde durch den Streik geschädigt, die nichtbestreikte Konkurrenz gestärkt und somit der eigene Arbeitsplatz gefährdet. Ein Generalstreik, an dem sich idealerweise alle beteiligen, kann diesem Argument den Boden entziehen: Wenn alle mitmachen, sinkt die Angst vor einer Entlassung durch Streikteilnahme. Ein Generalstreik kann auch denen erlauben mitzumachen, die sich sonst nicht trauen würden zu streiken.

Zugleich reflektiert die Zunahme an politischen und Generalstreiks den im Neoliberalismus massiv gewachsenen strukturellen Einfluss des Kapitals auf Regierungshandeln. Dieser schlägt sich in direkter Form in Lobbyismus, Parteispenden und der Nutzung von Standort-

entscheidungen als Instrumente politischer Erpressung nieder und indirekt in dem wachsenden Gewicht der großen Medienkonzerne bei der öffentlichen Meinungsbildung. Regierungen erwiesen sich in den letzten Jahrzehnten immer mehr als Erfüllungsorgane von Kapitalinteressen: Die Steuern für die Reichen wurden drastisch gesenkt, die daraus resultierenden Einnahmeausfälle des Staates durch Sozial- und Stellenabbau und die Erhöhung indirekter Steuern kompensiert. Die zunehmende Durchsetzung von Kapitalinteressen durch die Regierungen führt zu einer tendenziellen Verlagerung der Kämpfe abhängig Beschäftigter von der betrieblichen auf die nationalpolitische Ebene. Deshalb sind Gewerkschaften auch dazu gezwungen, Streiks verstärkt aus der Sphäre der betrieblichen in die der politischen Auseinandersetzungen zu überführen.

Seit dem Ausbruch der Krise 2008 bemühen sich Regierungen europaweit, die Kosten der Bankenrettungen auf die ArbeitnehmerInnen abzuwälzen und die Anlagen globaler Investoren in europäische Staatsanleihen mittels drastischer Sparkurse abzusichern. Dabei sollen in Jahrzehnten durchgesetzte Errungenschaften der Gewerkschaftsbewegung in Bezug auf Lebensstandard, soziale Absicherung und politische Teilhabe geschliffen werden.

Nicht zuletzt als Waffen im Kampf um die Demokratie spielen politische Streiks eine zunehmend wichtige Rolle (vgl. Gallas/Nowak in LuXemburg 2/2012). Die Demokratie droht im Zuge der europäischen Schuldenkrise noch weiter ausgehöhlt zu werden: Fiskalpakete beschneiden die Haushaltsrechte nationaler Parlamente, eine Troika aus IWF, EZB und Europäischer Kommission kann Griechenland seine Sozial- und Wirtschaftspolitik diktieren, und in einigen Krisenländern kommen aus Technokraten gebildete faktische Notstandsregierungen an die Macht, die weitgehend ohne demokratische Kontrolle eine scharfe Kürzungspolitik im Interesse der ökonomischen Eliten durchsetzen. Dem einseitigen Einfluss des Kapitals auf Regierungshandeln die Interessen der Lohnabhängigen entgegenzusetzen wird auch deshalb verstärkt mit außerparlamentarischen Mitteln wie politischen Streiks versucht, weil die Sozialdemokratie als früher dominierende Interessenvertretung der Lohnabhängigen heute meist Teil eines neoliberalen Parteienkartells ist und den Austeritätskurs mitträgt. Parlamentarische Opposition dagegen wird fast nur noch von den europäischen Linksparteien verkörpert, die bisher allerdings zu schwach sind, um Alternativen zur herrschenden Krisenbearbeitung durchzusetzen. Sie sind aber die politische Kraft, die am entschiedensten für eine Unterstützung politischer Streiks steht.

Die Erfolgsbilanz von Generalstreiks in Europa ist durchwachsen. Der britische Forscher John Kelly hat berechnet, dass vor dem Ausbruch der Krise etwa 40 Prozent aller Generalstreiks zu Zugeständnissen durch Regierungen führten. Im Europa der Krise scheint diese Bilanz bisher schlechter auszufallen. Eine grundsätzliche Abkehr von der Austeritätspolitik konnte noch in keinem Land durchgesetzt werden. Selbst eine Welle an Generalstreiks wie in Griechenland endete bisher in Niederlagen. Nur punktuell erreichten politische Streiks im Europa der Krise Zugeständnisse, etwa in Frankreich 2009 und Belgien 2012. Immer wieder trugen Generalstreiks zwar direkt oder indirekt zum Ende einer Regierung bei, etwa bei Berlusconi Sturz

1994 oder der Abwahl Juppés infolge des großen Streiks in Frankreich 1995. Gerade in der aktuellen Krise ergab sich aber das Problem, dass Generalstreiks zwar die Krise bestehender Regierungen verschärfen konnten (etwa im Falle der sozialdemokratischen Regierungen Spaniens, Portugals und Griechenlands, deren Abwahl jeweils Generalstreiks vorausgingen). Bei den folgenden Wahlen aber setzten sich weiter rechts orientierte und der Kürzungspolitik gegenüber keineswegs kritischer eingestellte Parteien durch.

Dies verweist auf das bisherige Fehlen oder die Schwäche linker gesellschaftlicher Alternativen zur Sparpolitik und zum Neoliberalismus. Erst die Verbindung von Gewerkschaften, linken Parteien und sozialen Bewegungen in einem Projekt des gemeinsamen Kampfes für eine umfassende soziale und politische Demokratisierung der europäischen Gesellschaften und damit für eine Überwindung des Neoliberalismus und der Diktatur der Märkte wird die Voraussetzung schaffen, wieder erfolgreicher zu sein und aus Abwehrkämpfen heraus wieder in die Offensive zu kommen.

Auf der Landkarte der wachsenden Zahl politischer Streiks in Europa gibt es einen großen weißen Fleck: Deutschland. Hier sind politische Streiks der vorherrschenden Rechtsauffassung nach verboten, kamen in den letzten Jahrzehnten allerdings dennoch vereinzelt zum Einsatz. In den letzten Jahren hat die Debatte um die Notwendigkeit politischer Streiks auch hierzulande wieder an Fahrt gewonnen. Dahinter steht die Erfahrung des gewerkschaftlichen Unvermögens, die Politik der Agenda 2010 mit ihren für die ArbeitnehmerInnen verheerenden Folgen (Ausweitung von prekärer Beschäftigung und des Niedriglohnssektors; Disziplinierung der Beschäftigten durch Angst vor sozialem Absturz bei Hartz IV) mit herkömmlichen Mitteln stoppen zu können. Nicht zufällig wurde Deutschland so zum einzigen Land Europas ohne Reallohnsteigerungen in der letzten Dekade, was wesentlich zur Steigerung der deutschen Exportkraft auf Kosten unserer Nachbarländer und damit zur gegenwärtigen Eurokrise beitrug. Viele linke GewerkschafterInnen zogen daraus die Schlussfolgerung: Das Mittel politischer und Generalstreiks muss wieder in das Repertoire der deutschen Gewerkschaftsbewegung aufgenommen werden. Prominent wurde diese Position von Oskar Lafontaine mit der Forderung nach einem Recht auf Generalstreik in die gesellschaftliche Debatte getragen. Die IG BAU sprach sich ebenso wie Verdi für politische Streiks aus. Der von zahlreichen prominenten GewerkschafterInnen und LINKE-PolitikerInnen erstunterzeichnete «Wiesbadener Appell» für das politische Streikrecht fand in diesem Frühjahr in wenigen Tagen über 2.500 UnterstützerInnen. Auch in der Stiftungsarbeit spielt das Thema eine wichtige Rolle: Auf dem zweiten Treffen des Gesprächskreises Gewerkschaften der Rosa-Luxemburg-Stiftung diskutierten 70 TeilnehmerInnen Strategien zur Durchsetzung politischer Streiks in Deutschland. Am 5. Mai veranstaltete die Stiftung zudem die internationale Konferenz «Politische Streiks im Europa der Krise», bei der mit generalstreikerprobten KollegInnen aus dem europäischen Ausland über ihre konkreten Erfahrungen mit der Organisation politischer Streiks diskutiert wurde.

FLORIAN WILDE IST REFERENT FÜR GEWERKSCHAFTSPOLITIK IN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

DOKUMENTATION Am 5. Mai 2012 fand unter dem Motto «Politische Streiks im Europa der Krise» eine internationale Konferenz mit generalstreikerfahrenen KollegInnen aus Gewerkschaften des europäischen Auslands in Berlin statt. Eine ausführliche Veranstaltungsdokumentation ist unter www.rosalux.de/documentation/45102 zu finden.

HANS VAN HEIJNINGEN

WIR KÜMMERN UNS

DAS ERFOLGSREZEPT DER SOZIALISTISCHEN PARTEI DER NIEDERLANDE

Die Leute wissen sehr genau, dass man die Probleme der Gesellschaft heute auch anders lösen kann, als es zurzeit geschieht. Sie haben auch Ideen. Aber man kriegt sie nur mit, wenn man zu ihnen geht, ihnen zuhört und mit ihnen diskutiert – auch die eigenen Vorschläge.

Und genau das macht die Sozialistische Partei der Niederlande (SP). Von Anfang an sind unsere Mitglieder von Haus zu Haus oder von Tür zu Tür gegangen, um nach den alltäglichen Nöten und Sorgen vor allem der Arbeiterfamilien zu fragen und sich um sie zu kümmern. Das konnten Hausreparaturen sein oder die Umweltverschmutzung von Betrieben vor Ort, denen man sich mit weiteren Verbündeten entgegenstellen musste. Hausbesuche sind aber auch für uns und unsere Neumitglieder wichtig. Denn wir möchten wissen, wie es den Mitgliedern geht, was ihre Sorgen und Probleme sind und wo sie sich engagieren möchten. Die SP ist die «sozialistische Kümmererpartei». Sie verbindet eine grundlegende Kritik an der kapitalistischen Weltordnung mit alternativer Politik, die aktuelle Probleme angeht und die Fernziele im Auge behält. Sie kämpft solidarisch mit allen zusammen, die sich eine bessere und friedliche Welt wünschen und sich dafür einsetzen wollen.

Ausgangspunkt sind immer die Dinge, die das Volk beschäftigen, und nicht unsere eigenen (ideologischen) Prioritäten und Präferenzen. Wir setzen uns mit konkreten sozialen und wirtschaftlichen Themen wie Gesundheitswesen, Rentenalter, soziale Vorsorge, Armut und Niedriglohn auseinander. Wir bieten kostenlose Rechtsberatungen an und haben parteifinanzierte Hausärzte. Außerdem ist die SP die einzige tatsächliche Antikriegspartei in Holland. Europa lehnen wir nicht ab, aber wir möchten nicht, dass unter den bestehenden neoliberalen Kräfteverhältnissen des Sozial- und Demokratieabbaus weitere nationale souveräne Rechte an die Institutionen der EU abgegeben werden. Relativ wenig diskutieren wir Themen wie Feminismus, Geschlechtergerechtigkeit, Rassismus und Schwulen- und Lesbenpolitik. Es gibt kaum politisch-ideologische Auseinandersetzungen in der Partei.

Wenn diskutiert wird, dann geht es beispielsweise darum, welche Prioritäten man im Kampf gegen die Sparmaßnahmen der Regierung setzen sollte. Und dann wird es ganz praktisch: In dem 18-Milliarden-Sparpaket der Regierung von 2011 ist unter anderem die Einsparung von einer Milliarde Euro im Gesundheitsbereich vorgesehen, davon 600 Millionen bei körperlich und geistig Behinderten, deren Arbeitsstellen gestrichen werden sollen. Also ausgerechnet bei jenen, die sonst keine Chance haben. Das ist unverschämt. Deshalb haben wir eine fast einjährige Kampagne initiiert und die Leute vor allem dabei unterstützt, sich selbst zu organisieren – fast 5.000 waren auf der Straße. Für anständige Leute ist das etwas sehr Sensibles. Diese Sensibilität wollen wir emotional ansprechen, so wie wir es bereits bei der Pflegereform gemacht haben, die vorsah, vertraute Pflegepersonen durch ständig wechselndes Personal zu ersetzen. Wir haben einen kleinen Film im Fernsehen zur Hauptsendezeit gezeigt. Zwei Minuten: Eine alte Dame mit Rollator geht in die Mitte eines Raumes und zieht sich vor laufender Kamera aus. Sie macht genau das, was sie nach der Reform jeden Tag vor fremden

Leuten hätte machen sollen. Dieser kleine Film bewirkte eine Welle des Protestes, sodass diese Sparmaßnahme zurückgenommen werden musste.

Kampagnen sind nur dann erfolgreich, wenn das Anliegen vor Ort mitgetragen werden kann, weil es auch vor Ort relevant ist. Dies ist entscheidend bei der Planung von Kampagnen. Wichtig sind natürlich auch aktive Parteimitglieder, klare Strukturen und Verantwortlichkeiten, eine direkte, eher egalitäre Umgangs- und Arbeitskultur und außerdem eine Parteikultur, bei der Kadermitglieder sich vor Ort in den Dienst der Partei stellen.

Eine besondere Rolle spielen bei uns die KoordinatorInnen als Bindeglied zwischen dem Vorstand und den Kreisverbänden. Sie sind zugleich auch die ProblemlöserInnen unserer Partei, nehmen teil an den Beratungen der Kreisverbände und begleiten ihre Arbeit vor Ort. Außerdem gibt es die politischen SchlichterInnen vor Ort – Leute, die auf Ortsgruppenniveau Vertrauen genießen. Wir organisieren auch Kampagnen zur Parteientwicklung wie z. B. 2011 die Kampagne «Op naar 200 afdelingen» (Auf dem Weg zu 200 Kreisverbänden). Viele haben sich gefreut, das Gesicht der SP zu sehen, und sind zu uns gekommen. So haben wir beides geschafft: Wir waren mit unseren Angeboten in der Öffentlichkeit und haben in der Öffentlichkeit für unseren Parteaufbau geworben. Für uns gilt das organisatorische Modell einer Zwiebel. Was heißt das? Verantwortung ist auf jeder Ebene der Partei konkret. Ein Kreisvorstand etwa führt die Regie und hat die Pflicht, dafür zu sorgen, dass die richtigen (kompetenten) Personen an den richtigen Stellen sitzen.

HANS VAN HEIJNINGEN IST GENERALSEKRETÄR DER SOZIALISTISCHEN PARTEI DER NIEDERLANDE

Der Erfolg liegt auf der Straße. Foto: SP Foto's/Flickr



HORST KAHRS

SCHON IN VIER LANDTAGEN

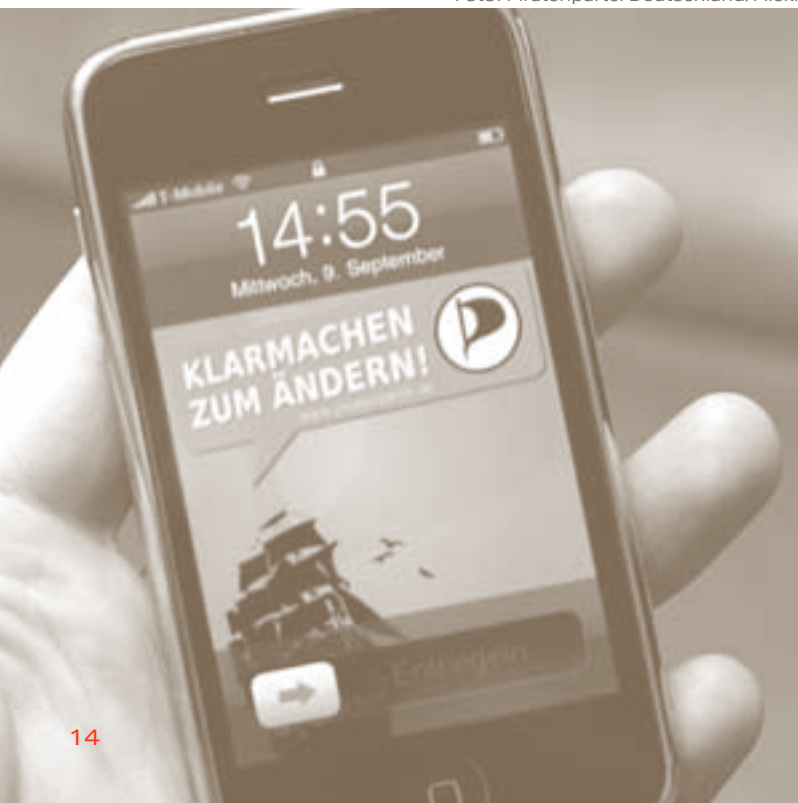
WIE DIE PIRATEN DIE DEMOKRATIE- UND POLITIKFRAGE AUF SICH ZIEHEN

Die Piraten sind ein schillerndes neues Phänomen in der deutschen Parteienlandschaft. Ihre Wahlerfolge zeugen von einer verbreiteten Unzufriedenheit mit dem real existierenden politischen Betrieb.

Hatten die Piraten Anfang September 2011 bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern noch 1,9 Prozent erzielt, kamen sie zwei Wochen später in Berlin auf 8,9 Prozent. Sechs Monate später konnten sie diesen Erfolg bei der ersten Landtagswahl 2012 im Saarland mit 7,4 Prozent wiederholen und nun in Schleswig-Holstein mit 8,2 Prozent und in Nordrhein-Westfalen mit 7,8 Prozent festigen. Wie sind die Piraten-Erfolge zu verstehen? Wer mit seiner Stimme Bewegung in das erstarrte Rollen- und Koalitionsspiel der etablierten Parteien bringen will, wer Aufmerksamkeit auf neue drängende Fragen lenken oder schlicht «Veränderung» bewirken will, der kann mit den Piraten neue Spieler auf das politisch-parlamentarische Feld entsenden, deren bloße Anwesenheit bereits die Pläne der anderen Parteien durcheinanderbringt, Verwirrung auslöst und zu Anpassungsleistungen an veränderte politische Wirklichkeiten nötigt. Eine ähnliche Rolle spielte DIE LINKE 2005 bis 2009.

Wer die Piraten-Erfolge unter «Protest» verbucht, macht es sich zu einfach. Vielmehr geht es um Veränderung. Zwei Drittel bis drei Viertel der Wählerschaft der Piraten kamen bisher von anderen Parteien. Bisherige NichtwählerInnen bildeten eine Minderheit. Seit der Wahl in Schleswig-Holstein lässt sich auch sagen: Die Piraten können gleichmäßig von allen anderen Parteien gewinnen. Für DIE LINKE stellt der Stimmenaustausch mit der SPD und den NichtwählerInnen dabei ein deutlich größeres Problem dar als die Abwanderung zu den Piraten.

Wiedergeburt des Sozialliberalismus unter der Piratenflagge
Foto: Piratenpartei Deutschland/Flickr



Aber was sind die Themen der Piraten? Die gesellschaftlichen und politischen Einrichtungen hinken den technologisch, insbesondere durch das Internet bedingten Veränderungen der Arbeits- und Lebensweise hinterher. Die Piraten artikulieren diese Blockade entlang den beiden großen gesellschaftlichen Konfliktthemen «Eigentum» und «Beteiligung». «Freiheit im Netz» vereint sowohl die Freiheit von staatlicher Kontrolle als auch die Freiheit von traditionellen Urheber- und Eigentümerrechten. Insofern kann die Piraten-Partei als Wiedergeburt des Sozialliberalismus unter neuen gesellschaftlichen Bedingungen betrachtet werden. Dieser Sozialliberalismus wäre dann der Erbe des Neoliberalismus und seiner Auswüchse, der Ausbruch aus der scheinbaren Alternativlosigkeit von «Markt versus Staat».

Der «kostenlose Download» von Musik und Filmen steht symbolisch für neue technologisch bedingte, schichtenübergreifende Aneignungsmöglichkeiten, die freie Zugänglichkeit von Software und die immer wieder neue Vernetzung zwecks Lösung konkreter Aufgaben. Verkaufsportale wie Amazon oder Online-Banken zeigen längst, was technologisch vom eigenen Rechner aus möglich ist. Warum sollte das nicht auch in öffentlichen, politischen Angelegenheiten möglich sein? Warum werden diese Möglichkeiten nicht für eine beteiligungsorientierte Erneuerung der demokratischen Verfahrensweisen genutzt? Auch dieses zweite große Anliegen der Piraten, die Veränderung des «Betriebssystems» der parlamentarischen Demokratie, ist ein alltagsnahes Thema. Weil diese Konfliktthemen nicht so schnell wieder verschwinden werden, haben die Piraten gute Chancen, sich für ein, zwei Legislaturperioden zu etablieren. Denn allen anderen Parteien fehlen die kulturelle Verwurzelung im Thema und damit die Glaubwürdigkeit. Dafür, dass die Piraten auch der politische Ausdruck einer neu herangewachsenen kulturellen Gemeinschaft sind, ähnlich wie es die Grünen in den 1980er Jahren waren, spricht die Zusammensetzung ihrer Wählerschaft. Der typische Piraten-Wähler ist technikaffin, männlich, deutlich unter 40, hat Abitur und lebt und arbeitet in – gemessen an traditionellen Sozialstaatsnormen – prekären, wenig regulierten Verhältnissen.

Gegenwärtig spielen die Piraten in den Kalkulationen der anderen Parteien vor allem eine machtpolitische Rolle: Ihre parlamentarische Existenz verhindert derzeit meist rot-grüne, rot-rote oder schwarz-gelbe Mehrheiten. Die Erfolge der Piraten machen Koalitionsbildungen schwieriger und riskanter: entweder schwarz-rote Zusammenarbeit oder Dreierbündnisse oder Minderheitsregierungen. Die Parteien müssen ihr Verständnis von Koalitionen verändern, wenn sie den Wählerauftrag für vier beziehungsweise fünf Jahre erfüllen wollen. Die Anpassungsleistungen, die von den anderen Parteien verlangt werden, um zumindest einer weiteren Abwanderung zu den Piraten entgegenzuwirken, beziehen sich sowohl auf Themen und Inhalte als auch auf Einstellungen, Habitus und Auftreten sowie auf die Form der politischen Machtausübung selbst. Die Tage von Parteien und PolitikerInnen, die sich in einer alltagsfernen Expertensprache besser- und rechthaberisch von den «Menschen draußen im Lande» abkapseln, sind gezählt.

HORST KAHRS IST SOZIALWISSENSCHAFTLER UND ARBEITET AM INSTITUT FÜR GESELLSCHAFTSANALYSE DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

ZURÜCK AUF ANFANG: UND LOS!

RIO+20: KONFERENZ OHNE ZUKUNFT



«So lebt der Mensch»: Die Fotos auf den Themenseiten und Seite 2 stammen von Peter Menzel. In den 1990er Jahren hat er in 30 Ländern der Erde typische Familien gebeten, ihren kompletten Hausrat vor ihre Häuser zu räumen, um sie dort zu fotografieren. Entstanden ist so eine globale Inventur von Haben und Nichthaben. Sie zeigt, wer sich wie viel vom großen Kuchen der endlichen Ressourcen nimmt. Hier Familie Qampie vor ihrem Haus in Soweto, Südafrika. Foto: Peter Menzel/Agentur Focus

VON RIO NACH RIO

SACKGASSEN INTERNATIONALER UMWELTPOLITIK: VON 1992 BIS 2012

Auf den ersten Blick sieht es wie ein Déjà-vu aus: Die UN-Konferenz über nachhaltige Entwicklung im Juni findet 20 Jahre nach der UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung (UNCED) und am selben Ort, in Rio de Janeiro, statt. Nicht nur deshalb trägt sie den Titel Rio+20. Es wird im Juni auch wesentlich darum gehen, dem für die UNCED zentralen Gedanken der nachhaltigen Entwicklung neues Leben einzuhauchen.

Das Rezept hierfür heißt Green Economy. Mit der Idee der nachhaltigen Entwicklung teilt es die Grundannahme einer möglichen Win-Win-Konstellation zwischen ökonomischen, sozialen und ökologischen Zielen im internationalen Maßstab. Mittels nachhaltiger Entwicklung sollte zu Beginn der 1990er Jahre der Gegensatz zwischen Umwelt und Entwicklung und damit ein Grundkonflikt des Nord-Süd-Verhältnisses überwunden werden, der in den frühen 1970er Jahren aufgebrochen war. Das Green-Economy-Konzept suggeriert, dass die unterschiedlichen Erscheinungsformen der aktuellen Vielfachkrise (Wirtschaft, Staatshaushalte, Umwelt, Energie, Nahrungsmittelpreise) durch ein «Greening» von Schlüsselsektoren (wie Landwirtschaft, Transport, Energieversorgung, Gebäude) bearbeitet werden können. Damit sollen sowohl dem globalen Süden als auch dem globalen Norden neue Entwicklungsperspektiven eröffnet werden.

DIE DOMINANZ DES GLOBALEN NORDENS

Rio 1992 fand im Kontext eines weltpolitischen Umbruchs statt, aus dem der globale Norden beziehungsweise der kapitalistische Westen als Sieger hervorging. Nicht nur der Ost-West-Konflikt war wenige Jahre zuvor mit dem Zusammenbruch des Realsozialismus zu Ende gegangen, auch die Kräfteverhältnisse in den Nord-Süd-Beziehungen hatten sich zugunsten des globalen Nordens verschoben.

Noch in den 1960er und 1970er Jahren hatten die (teilweise gerade erst dekolonisierten) Länder des globalen Südens ihren Anspruch auf eine nachholende Entwicklung offensiv und in organisierter Form vertreten. Im globalen Norden breitete sich deshalb – verschärft durch zwei Ölkrisen und wissenschaftlich unterfüttert durch den Bericht des Club of Rome über die «Grenzen des Wachstums» – die Angst vor einer zunehmenden Ressourcenknappheit aus. Die Verschuldungskrise, die 1982 mit der Zahlungsunfähigkeit Mexikos begann und sich dann auf viele andere Länder des globalen Südens und Osteuropas ausdehnte, beendete diese Phase im Nord-Süd-Verhältnis. Noch im Laufe der 1990er Jahre gerieten mehrfach große Schwellenländer in heftige Finanz- und Wirtschaftskrisen (Asienkrise 1997/98, Russlandkrise 1998/99, Brasilienkrise 1999).

Das Entwicklungsmodell des globalen Nordens beziehungsweise des Westens stand zu Beginn der 1990er Jahre weltweit konkurrenzlos da. Ehemals realsozialistische Länder wurden einer marktradikalen «Schocktherapie» unterzogen, die Verschuldungskrise des globalen Südens wurde mittels harter Strukturanpassungsprogramme, zu denen sich die verschuldeten Länder auf Geheiß des Internationalen Währungsfonds verpflichten mussten, gemanagt, und die Währungsabwertungen, mit denen etwa die Asienkrise der 1990er Jahre bearbeitet wurde, führten zu einem massiven Vermögenstransfer

von Süd nach Nord. Die neoliberale Globalisierung, deren Ursprünge in der Mitte der 1970er Jahre manifest gewordenen Krise des Fordismus lagen, deren volle Entfaltung zunächst aber noch durch die teilweise Fortexistenz der fordistischen Kräfteverhältnisse und durch die vom Ost-West-Konflikt geprägte internationale Kräftekonstellation gebremst worden war, setzte sich nun mit aller Macht durch.

Dies erklärt, warum auch die internationale Umweltpolitik in der Folge von Rio 1992 einen neoliberalen Kurs einschlug. Zwar sah das Konzept der nachhaltigen Entwicklung durchaus Anpassungen seitens des globalen Nordens vor, nämlich die Korrektur seiner ökologischen Fehlentwicklungen. Die Konkretisierung der beiden wichtigsten Regelwerke, die bei der UNCED 1992 verabschiedet wurden – die Klimarahmenkonvention (UNFCCC) und die Biodiversitätskonvention (CBD) –, war jedoch von Beginn an neoliberal geframed. Beide Institutionen setzen stark auf marktförmige Instrumente wie den Emissionshandel im Fall des Kyoto-Protokolls der UNFCCC und den Schutz der biologischen Vielfalt durch ihre kommerzielle Nutzung im Fall der CBD.

Die Ergebnisse beider Regelwerke sind ernüchternd. Was die CBD angeht, so scheiterten die Mitgliedstaaten mit ihrem 2002 getroffenen Vorsatz, die Rate des Verlusts der biologischen Vielfalt bis 2010, dem internationalen Jahr der Biodiversität, zu reduzieren. In der internationalen Klimapolitik konnte das Kyoto-Protokoll nicht verhindern, dass die Treibhausgasemissionen im globalen Maßstab weiter anstiegen. Dazu kommt die Unklarheit darüber, wie es klimapolitisch weitergeht, wenn Ende 2012 die erste Verpflichtungsperiode des Kyoto-Protokolls ausläuft. Bei der Vertragsstaatenkonferenz der UNFCCC im Dezember 2011 in Durban einigte man sich zwar darauf, das Kyoto-Protokoll zu verlängern und bis 2015 ein Nachfolgeabkommen auszuhandeln, das auch die USA und die großen Schwellenländer zur Reduktion ihrer Emissionen verpflichten würde. Allerdings lassen die Konflikte zwischen den USA und China, die die vergangenen Vertragsstaatenkonferenzen prägten, einen Erfolg dieser Bestrebungen fraglich erscheinen.

Das Rio-Modell der internationalen Umweltpolitik, das die ökologische Krise mit Marktmechanismen und einer vom globalen Norden dominierten internationalen Kooperation in den Griff zu kriegen beanspruchte, befindet sich kurz vor der Rio+20-Konferenz in einer existenziellen Krise.

GEOPOLITISCHE VERSCHIEBUNGEN

Die Suche nach den Ursachen dieser Krise muss bei den fossilistischen Produktions- und Konsummustern des globalen Nordens beginnen, die tief in den Alltagspraktiken und gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen verankert sind (das heißt nicht, dass sie sozial neutral wären – im Gegenteil, es existieren erhebliche Klassen- und geschlechtsspezifische Unterschiede im Konsumverhalten): Automobilität, Billigflüge, ein hoher Fleischkonsum sowie die tauschwertgetriebene Produktion von unzähligen unsinnigen Dingen gelten als normal. Tatsächlich handelt es sich aber um imperiale Praktiken, da sie einen prinzipiell unbegrenzten, auf jeden Fall aber überproportionalen Zugriff auf Ressourcen, Senken (Wälder, Böden

oder Meere, die mehr CO₂ absorbieren als abgeben) und Arbeitskraft im globalen Maßstab voraussetzen. Der entwickelte Kapitalismus bedarf eines weniger entwickelten Außen, auf das er seine sozial-ökologischen Kosten verlagern kann. Das Problem ist nun, dass dieses Außen schrumpft und sich die Konkurrenz um seine Nutzung verschärft. Die Ursache hierfür liegt im geopolitischen und -ökonomischen Aufstieg von Ländern wie Indien und China, der in sozial-ökologischer Hinsicht nichts anderes bedeutet, als dass wichtige Akteure des globalen Südens nicht länger auf die proportionale Inanspruchnahme von Ressourcen, Senken und Arbeitskraft verzichten, dass sie – siehe die Rolle Chinas beim «Land Grabbing» in Afrika – vielmehr selbst zu ökoimperialen Akteuren werden. Tendenziell verallgemeinern sich Produktions- und Konsummuster, die aus einer sozial-ökologischen Perspektive nicht verallgemeinerbar sind. Dies ist der Widerspruch, der der Krise des Rio-Modells internationaler Umweltpolitik zugrunde liegt und der sich auf seinen institutionellen Terrains nicht mehr ohne Weiteres bearbeiten lässt.

Wenn in den internationalen Klimaverhandlungen darüber gestritten wird, wer künftig wie viel CO₂ emittieren darf, dann geht es dabei auch und vor allem um den fossilistischen Entwicklungspfad und die Externalisierung seiner sozial-ökologischen Kosten. Nicht zufällig haben die USA als der lange Zeit größte Emittent von Treibhausgasen (pro Kopf sind sie es noch immer) das Kyoto-Protokoll nie ratifiziert, und ebenso wenig zufällig sind die manageriell-marktförmigen Versuche, die im Rahmen des Rio-Modells zur Lösung zentraler sozial-ökologischer Probleme unternommen wurden, an der imperialen Lebensweise des globalen Nordens abgeprallt. Durch den Aufstieg Chinas und anderer Länder ist nun der geopolitische und -ökonomische Gehalt von Umweltpolitik derart in den Vordergrund gerückt, dass nicht mehr nur die Problemlösungs-, sondern auch die Funktionsfähigkeit der Rio-Institutionen infrage stehen.

Die historische Situation von Rio+20 ist somit eine gänzlich andere als die von Rio 1992. Stand der globale Norden zu Zeiten von Rio 1992 weltweit konkurrenzlos da und war er in der Lage, seine Interessen relativ unvermittelt in die Regelwerke der internationalen Umweltpolitik einzuschreiben, so haben sich diese den Rio-Institutionen zugrunde liegenden geopolitischen und -ökonomischen Kräfteverhältnisse inzwischen zugunsten von Teilen des globalen Südens verschoben. Damit aber hat sich auch die Funktionskrise der Rio-Institutionen selbst verschärft. Die 2008 manifest gewordene Krise des neoliberalen Kapitalismus, deren Epizentrum im Unterschied zu den Krisen der 1990er Jahre im globalen Norden statt im globalen Süden liegt, dürfte die geopolitischen und -ökonomischen Verschiebungen noch weiter verstärken. Die Krise des Rio-Modells ist somit als Bestandteil einer umfassenden Hegemoniekrise zu begreifen.

In diesem Kontext gewinnen die Rio+20-Konferenz und ihr Leitkonzept der Green Economy ihre Bedeutung. Aber auch die Produkte und Technologien der Green Economy sind ressourcenintensiv. Bereits heute werden Konflikte um Seltene Erden oder Lithium geführt, und die Bedingungen, unter denen diese und andere Rohstoffe gewonnen und verarbeitet werden, sind hochgradig gesundheits- und umweltgefährdend. Auch die Kosten und der Nutzen eines grünen Kapitalismus, dem Rio+20 einen Schub verleihen soll, sind mithin sozial und räumlich ungleich verteilt. Von der nötigen grundlegenden Gesellschaftstransformation ist ein solches Projekt ebenso weit entfernt wie die «nachhaltige Entwicklung» der 1990er Jahre.

MARKUS WISSEN ARBEITET AM INSTITUT FÜR POLITIKWISSENSCHAFT DER UNIVERSITÄT WIEN

«DIE ANDERE SEITE DER STADT ZEIGEN»

SANDRA QUINTELA ZUM ALTERNATIVGIPFEL IN RIO

Sandra Quintela ist Sozioökonomin bei PACS (Políticas Alternativas para el Cono Sur), einem langjährigen Partner der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Brasilien. PACS unterstützt die lokale Bevölkerung bei der Durchsetzung ihrer Rechte und bei der Suche nach Möglichkeiten einer emanzipatorischen Entwicklung.

Wie bereitet Ihr Euch auf Rio+20 und den Alternativgipfel vor?

Quintela: Die große Herausforderung für uns ist es, während des Alternativgipfels die andere Seite unserer Stadt zu zeigen. Wir wollen den Widerstand und die Kämpfe, die es hier gibt, zum Beispiel gegen das deutsche Unternehmen ThyssenKrupp CSA, veranschaulichen und ihre internationale Dimension stark machen.

Was sind Eure wichtigsten Themen?

Quintela: Die offizielle Konferenz hat zwei große Themen, die beide eine Bedrohung für die gesamte Menschheit darstellen: die Green Economy und die institutionelle Architektur für eine Welt-Umwelt-Regierung. Die Green Economy halten wir für ein neues Gesicht des alten plündernden Kapitalismus, weil sie sich mit super ausgetüftelten Formen der Merkantilisierung von natürlichen Ressourcen gegen die Natur richtet. Dazu gehören der CO₂-Markt oder REDD-Mechanismen. Das zweite große Thema kann Veränderungen auf supranationaler Ebene bringen, die die lokale Bevölkerung schwächen und transnationale Konzerne und Großbanken stärken werden.

Wie sieht die internationale Vernetzung und Mobilisierung aus? Wie viele Menschen erwartet Ihr?

Quintela: Der Gipfel ist bislang noch sehr lateinamerikanisch geprägt, aber wir gehen von 10.000 bis 15.000 Menschen aus, die allein über soziale Bewegungen organisiert ins Zeltlager kommen werden. Insgesamt rechnen wir mit etwa 20.000 bis 30.000 TeilnehmerInnen.

In welcher Verbindung steht die Vorbereitung des Alternativgipfels zu Eurer Arbeit bei PACS?

Quintela: Gleichzeitig lokal und global zu denken und zu handeln. Es reicht zum Beispiel nicht, lokale Formen der solidarischen Ökonomie zu praktizieren – wir müssen gleichzeitig die Politik der Weltbank anklagen. Wir müssen dafür kämpfen, dass Bauern und Fischer weiterhin in ihren gewohnten Gebieten von ihrer eigenen Arbeit leben können. Wir müssen daran glauben,

dass es möglich ist, uns diesem wahnsinnigen Angriff des Kapitals auf unser Leben zu widersetzen. Das Leben muss mehr wert sein als der Gewinn!

DAS GESPRÄCH FÜHRTE VERONA WUNDERLICH, PROJEKTMANAGERIN FÜR LATEINAMERIKA IN DER STIFTUNG



Sandra Quintela



STEFFEN KÜHNE/STEFAN THIMMEL

FORTSCHREITENDES NICHTSTUN

RIO PLUS 20 MINUS UN-KONFERENZ GLEICH «GIPFEL DER VÖLKER»

Die Abgesänge auf die im Juni 2012 als Nachfolgekonferenz des sogenannten Weltgipfels von Rio de Janeiro 1992 geplante «Konferenz der Vereinten Nationen über nachhaltige Entwicklung» werden von Tag zu Tag vielfältiger und vielstimmiger.

Während das Original von 1992 zumindest die Hoffnung auf nachhaltige, im Sinne von dauerhaften, tatsächlich wirksamen Veränderungen transportierte, und selbst kritische Stimmen anerkannten, dass wichtige Impulse gesetzt und herrschende Entwicklungsparadigmen infrage gestellt wurden, ist der Rio+20 genannte Aufguss schon im Vorfeld diskreditiert. Im Internet kursieren Aufrufe umwelt- und entwicklungspolitischer Organisationen, das Megaevent offen zu boykottieren und keine Kräfte mit der Konferenzteilnahme zu vergeuden.

Das sieht offenbar die deutsche Bundeskanzlerin, die Anfang Mai ankündigte, nicht nach Rio fahren zu wollen, genauso. Wobei Angela Merkel, die noch zu Beginn ihrer Amtszeit die «Klimakanzlerin» genannt wurde, andere Gründe als die linken KritikerInnen für ihre Absage an das Treffen der circa 100 Staats- und Regierungschefs haben wird. Viel Bedeutung scheint sie Umwelt- und Entwicklungs-

fragen nicht mehr beizumessen. Von der einstigen Vorreiterrolle Deutschlands spricht ohnehin kaum noch jemand. Höchstens noch die brasilianische Regierung, die sich verärgert zeigt: «Deutschland vergibt sich die Chance, seine Führungsrolle im Bereich Umwelt und Entwicklung auszuüben», so der brasilianische Interims-Umweltminister Roberto Ricardo Vizentin. Der UN-Gipfel brauche integre PolitikerInnen, «die Sensibilität für die Zukunftsthemen haben und den Weg weisen», sagte Vizentin vor deutschen JournalistInnen. Insgeheim hatte sich wohl die brasilianische Regierung eine Unterstützung Deutschlands bei den beiden Hauptanliegen der offiziellen Konferenz erhofft. Neben der Reform der UN-Institutionen in den Bereichen Umwelt und nachhaltige Entwicklung soll in Rio vor allem die Green Economy als neues Leitbild gefeiert und etabliert werden.

Aber auch da geht es nicht voran. Sogar die UN selbst kritisieren den Verlauf der bisherigen Vorverhandlungen des Gipfels als «schleppend und sehr frustrierend». Für Brice Lalonde, UN-Koordinator der Konferenz, fehlt es vor allem an Ideen, um neue «grüne» Wirtschaftsmodelle auf den Weg zu bringen. Auf der anderen Seite



Familie Demirovic vor ihrem Haus in Sarajevo, Bosnien-Herzegowina

gibt es heftige Kritik vonseiten der Zivilgesellschaft am Entwurf des Abschlussdokuments der Konferenz. «All unsere Erfolge, die wir bei der Konferenz vor 20 Jahren erringen konnten, sind infrage gestellt», protestiert Lara Pietricovsky im Namen des Komitees, das den Alternativgipfel «Cúpula dos Povos» (Gipfel der Völker) vorbereitet. «Alle Aspekte, die irgendeinen Bezug zu Menschenrechten haben, wurden aus dem Entwurf gestrichen.»

Trotzdem oder auch gerade deshalb sehen viele VertreterInnen sozialer Bewegungen im nur allzu wahrscheinlichen Totalausfall der Konferenz mittlerweile eine Chance, die weitere Vermarktung von natürlichen Ressourcen zu stoppen und den eingeschlagenen Kurs, im Freihandel die einzige Lösung der ökologischen Krise zu sehen, zu verlassen. Und obwohl die brasilianische Regierung, die noch vor wenigen Jahren ein starker Partner nationaler und internationaler sozialer Bewegungen war (so unterstützte sie beispielsweise die Weltsozialforen im eigenen Land, die MST, die Bewegung der Landlosen sowie die Via Campesina, eine internationale Bewegung von Kleinbauern und LandarbeiterInnen), dem Vorbereitungskomitee jede Menge Steine in den Weg gelegt hat, ist die Mobilisierung für den Alternativgipfel in vollem Gange. Erfolgreich, denn über 1.200 Veranstaltungen sind angemeldet. Insgesamt wird mit über 30.000 Teilnehmenden gerechnet. Der «Gipfel der Völker» (Gipfel der Völker für Umwelt- und soziale Gerechtigkeit und gegen die Vermarktung des Lebens und der Natur), der vom 15. bis 23. Juni parallel zur offiziellen Konferenz in Rio de Janeiro stattfinden wird, soll den alltäg-

lichen Kämpfen gegen den kapitalistischen Vormarsch, gegen die neoliberale Privatisierung und das «Land Grabbing» ein weltweit wahrnehmbares Gesicht geben. Dem in letzter Sekunde von der brasilianischen Regierung unterbreiteten Angebot, im Vorfeld der offiziellen Konferenz sogenannte Dialogforen für nachhaltige Entwicklung durchzuführen, haben sich die OrganisatorInnen des «Gipfels der Völker» eindeutig verweigert. Sie betonen dagegen ihre Unabhängigkeit und die Notwendigkeit von eigenen Diskussions- und Dialogräumen. Auch die Rosa-Luxemburg-Stiftung wird mit VertreterInnen des Büros in Sao Paulo und aus Deutschland am Alternativgipfel beteiligt sein und so ein eindeutiges Zeichen setzen gegen die allgegenwärtigen Versuche, den Kapitalismus «grün zu bürsten» (greenwashing).

Die neue Erzählung von der Green Economy, bei der alle gewinnen werden, und die nun gar zum neuen Inbegriff nachhaltiger Entwicklung avancieren soll, erweist sich im Praxistest als voller Widersprüche und Haken. Zu welchen Szenarien das führen kann, damit setzt sich auch Ulrich Brand in dieser Ausgabe der «RosaLux» und noch ausführlicher in „Schöne Grüne Welt - Über die Mythen der Green Economy (im Mai 2012 erschienen in der Reihe «luxemburg argumente») auseinander. Es zeigt sich, dass die Green Economy an ihrem Anspruch auf Versöhnung von Ökologie und Ökonomie scheitern muss, weil sie weder die Ausbeutung der Natur noch die des Menschen wirklich zu überwinden vermag. Die Ergebnisse des offiziellen Gipfels, die auf eine Fortschreibung der bisherigen Tatenlosigkeit hinauslaufen werden, mögen vorhersagbar sein – der Ausgang des Ringens um ein alternatives globales Entwicklungsmodell ist es noch lange nicht.

STEFFEN KÜHNE IST REFERENT FÜR NACHHALTIGKEIT, STEFAN THIMMEL REFERENT FÜR ÖFFENTLICHKEITSARBEIT IN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

SCHÖNE GRÜNE WELT ÜBER DIE MYTHEN DER GREEN ECONOMY

Sie stoppt Klimawandel und Artensterben und schafft nebenbei hohe Wachstumsraten und Millionen Arbeitsplätze: die Green Economy. Sie gilt als Wunderwaffe. Doch die gefeierte «Versöhnung von Ökologie und Ökonomie» gestaltet sich zäh. Die Green Economy ist nicht das, was viele in ihr sehen wollen: eine magische Formel, die auf dem Silbertablett Lösungen für zahlreiche Probleme anbietet. Ulrich Brand zeigt, was es stattdessen mit diesem schillernden Begriff auf sich hat.



Die Bildungsbroschüre kann bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung bestellt werden.

KONTAKT: Karin Malingriaux, malingriaux@rosalux.de

DOWNLOAD unter www.rosalux.de/publication/38335

KATHRIN BUHL

GROSSE ERWARTUNGEN

UMWELTFRAGEN MÜSSEN GESELLSCHAFTSPOLITISCH VERANKERT WERDEN

«Auf dem Weg nach Rio+20 – und darüber hinaus» war der Titel eines regionalen Seminars, das die Rosa-Luxemburg-Stiftung in Kooperation mit Jubileo Sur/Américas und anderen Organisationen vom 27. bis 30. März 2012 in Buenos Aires organisiert hat.

Dabei ging es einerseits um die Diskussion umweltpolitischer Fragen, andererseits um die Vorbereitung der UN-Konferenz und des alternativen «Gipfels der Völker» (Cúpula dos Povos), der vom 15. bis 23. Juni 2012 stattfinden wird. Ein Teil des Seminars wurde gemeinsam mit der Gewerkschaftszentrale Central de Trabajadores de la Argentina (CTA) durchgeführt – eine Kooperation, die deshalb etwas Besonderes ist, weil die CTA, wie viele andere Gewerkschaftsverbände, nicht unbedingt als Akteur in umweltpolitischen Diskussionen bekannt ist.

Teilweise waren die Positionen der auf der Veranstaltung vertretenen sozialen Bewegungen, NGOs, Gewerkschaften und lokalen Organisationen aus Argentinien, Chile, Brasilien, Paraguay, Uruguay, Bolivien, Ecuador und Haiti recht kontrovers: Die Einschätzung, dass das Konzept der Green Economy zu mehr Entwicklung, mehr Arbeitsplätzen und sozialer Sicherheit führt, wurde etwa von Vertretern der brasilianischen Gewerkschaftszentrale Força Sindical oder der uruguayischen PIT-CNT verteidigt. Im Gegensatz dazu standen die Positionen sozialer Bewegungen wie die der Movimientos Sociales del ALBA, der Marcha Mundial de las Mujeres, der brasilianischen Landlosenbewegung MST oder Jubileo Sur, die die Bestrebungen der zunehmenden Vermarktung der Natur kritisierten und einen Bruch mit dem Paradigma des ungebremsten Wachstums forderten.

Deshalb sind die Erwartungen an den Alternativgipfel, so zeigten die Diskussionen, groß. «Wir wollen den Praktiken der Merkantilisierung Alternativen entgegensetzen, die das Leben, die Souveränität und die Menschenrechte in den Mittelpunkt stellen», betonte Beverly Keene von Dialogo 2000. «Die große öffentliche Aufmerksamkeit, die Rio+20 erfährt, hat dazu beigetragen, dass ökologische

Fragen aus der Nische der traditionellen Umweltbewegungen, die häufig soziale Fragen nicht im Blick haben, heraustreten. Wir versuchen, im Rahmen eines breiten Bündnisses von Organisationen aus dem Umweltbereich, sozialen Bewegungen und Gewerkschaften die Diskussion über soziale und ökologische Entwicklungsmodelle gesellschaftspolitisch zu verankern», erläuterte Edgardo Giessen von der chilenischen Plataforma Rumbo Rio+20.

Auch Nobelpreisträger Adolfo Perez Esquivel stellte die Frage der Zusammenarbeit der unterschiedlichen Akteure in den Mittelpunkt seines Beitrages. «Herrschaft beginnt nicht auf ökonomischer Ebene, sondern auf kultureller. Wir müssen unsere Sprache überdenken, sie vom herrschenden Diskurs befreien, unsere befreiende Sprache zurückgewinnen. Und wir müssen die Monokultur in unseren Köpfen beenden.»

Dass kollektiver Widerstand gegen monokulturell-hegemoniale Praktiken erfolgreich sein kann, zeigte der Bericht von Normando Ocampos, Generalsekretär der CTA, über den Kampf der chilenischen Gemeinde Famatina gegen ein Bergwerksprojekt. Seit Jahren setzt sie sich gegen den geplanten – und vom Gouverneur der Provinz La Rioja genehmigten – Goldabbau durch das kanadische Unternehmen Osisko Mining Company zur Wehr. Der zunächst lokale Widerstand fand Unterstützung auf regionaler und nationaler Ebene, und die Blockade der Straße nach Famatina, die vor drei Monaten begann und solidarisch von sozialen Bewegungen aus dem ganzen Land begleitet wurde, führte zum Stopp des Vorhabens. «Famatina no se toca» (Famatina wird nicht angefasst) wurde zur «Hymne» des Widerstands gegen das konkrete Projekt und das dahinterstehende extraktivistische Entwicklungsmodell. Und mit diesem Lied, ungeachtet der unterschiedlichen Positionen, endete dann auch die Konferenz.

KATHRIN BUHL IST LEITERIN DES REGIONALBÜROS SÜDAMERIKA DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG IN SAO PAULO

NADJA CHARABY

ALTERNATIVEN SIND MÖGLICH

IM KAMPF GEGEN AUSBEUTERISCHE AGRARPRAKTIKEN UND UMWELTZERSTÖRUNG

Das Center for Social Research and Development (CSR) in Vietnam setzt sich für basisdemokratische Strukturen und nachhaltigen Tourismus ein.

Die traumhaft schöne Lagune von Tam Giang Cau Hai erstreckt sich über 70 Kilometer entlang der Küstenzone der zentralvietnamesischen Provinz Hue. Etwa ein Drittel der eine Million BewohnerInnen der Provinz sind von den Produkten aus der Lagune abhängig. Aber die Produktivität der 34 Fischergemeinden sinkt. Gründe hierfür sind wenig nachhaltige Agrarmethoden wie Shrimps-Farmen, die Verschmutzung des Wassers durch Müll und Antibiotika, die Zunahme von Stürmen und Überschwemmungen sowie Veränderungen im Wasserlauf durch den steigenden Meeresspiegel und Erosionen, vor

allem verursacht durch Abholzungen von Wäldern am oberen Flusslauf.

Viele der Menschen hier sind in mehrfacher Hinsicht benachteiligt und marginalisiert: instabile Einkommensverhältnisse, geringer Bildungsstand, kein Zugang zu Informationen und sozialen Dienstleistungen, geschweige denn Möglichkeiten, an Planungsprozessen der lokalen Regierung teilzuhaben. «Früher haben die Menschen hier auf dem Wasser gewohnt, dann wurden sie vom Staat in der Lagune angesiedelt. Viele der Erwachsenen, vor allem Frauen, sind nie zur Schule gegangen. Sie können bis heute nicht lesen und schreiben», sagt Lam Thi Thu Suu, Direktorin des CSR. In der Gemeinde Quang Phuoc sind fast alle Haushalte verschuldet: Das eingeführte

Shrimps-Farming-Programm der Regierung hat die Menschen dazu gebracht, Kredite für den Kauf von Shrimps und Medikamenten aufzunehmen – ohne sie über die «richtigen» Zuchtmethoden und die Auswirkungen des Antibiotikaeinsatzes aufzuklären. Parallel sind die natürlichen Fischbestände aufgrund der Auswirkungen von Klimawandel und Umweltzerstörung stark zurückgegangen, sodass auch diese Einkommensquelle mehr und mehr wegbricht.

CSRD ist eine junge NGO aus Hue-Stadt, die sich für mehr Beteiligung der Menschen vor Ort an Planungsprozessen, für alternative Einkommensschaffung und für die Bewahrung lokalen Wissens über die hiesige Umwelt und deren Wandel, Entwicklung und Anpassung einsetzt. Als im Jahr 2008 die Kooperation mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung begann, steckte die Organisation noch in den Kinderschuhen. Von 2008 bis 2010 arbeitete CSRD gemeinsam mit Selbsthilfegruppen und Behörden in den Gemeinden Quang Phuoc und Quang Loi, um Entscheidungen vor Ort basisdemokratischer zu gestalten, um vor allem auch Jugendlichen und Frauen eine Stimme zu geben, Alternativen zu entwickeln, Einkommen zu schaffen und gleichzeitig die Umwelt zu schützen. Einige der Frauen haben inzwischen ein eigenes kleines Restaurant aufgemacht und dazu von an-

deren Gemeinden gelernt, die bereits nachhaltigen Tourismus praktizieren. CSRD selbst konnte sich durch das Projekt die Anerkennung der Distriktbehörden erarbeiten. Diese Stellung hat die Organisation genutzt und im Jahr 2011 eine Datenbank erstellt, die alle Projekte in der Lagune erfasst. Die Ergebnisse wurden gemeinsam mit den Behörden, dem Fischereiverband und anderen NGOs und Selbsthilfegruppen der Fischerdörfer analysiert und sind nun online verfügbar (www.tamgianglagoon.com), um alle Beteiligten auf dem Laufenden zu halten. Jetzt will das neu etablierte Netzwerk ein Modell für ein nachhaltiges Wassermanagement erarbeiten.

Wenn im Juni in Rio die großen Entscheidungen gefällt werden, dann ist das alles sehr weit weg von den Menschen hier. Die vietnamesische Zivilgesellschaft ist aufgrund staatlicher Einschränkungen in ihren Handlungsmöglichkeiten, ihrer politischen Einflussnahme und auch in der Bildung von starken, durchsetzungsfähigen Netzwerken eher beschränkt. Der kleine Erfolg in der Provinz Hue zeigt jedoch, dass lokale Alternativen möglich sind und dass auch andere Orte und Bereiche hiervon lernen können.

NADJA CHARABY LEITET DAS REGIONALBÜRO SÜDOSTASIEN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG IN HANOI

Familie Abdulla und ihr Anwesen in Kuwait City, Kuwait





Die texanische Familie Skeeen vor ihrem Haus in Pearland, USA

KRISTINA DIETZ

TRÜGERISCHE HOFFNUNG

GREEN ECONOMY UND ÖKOLOGISCHE MODERNISIERUNG

Die UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro 1992 endete mit der Verabschiedung eines neuen Entwicklungsleitbildes: nachhaltige Entwicklung, ein Konzept zur Versöhnung von Ökonomie, Ökologie und Sozialem.

Hiermit sollte es gelingen, die in den 1980er Jahren immer deutlicher werdende ökologische Krise und die andauernde Armutskrise im globalen Süden gleichermaßen zu bearbeiten. Die Grundidee bestand darin, über wirtschaftliches Wachstum Armut zu reduzieren und den Naturverbrauch über technologische Innovationen zu senken. In diesem Sinne bedeutete Nachhaltigkeit das Versprechen einer ökologischen Modernisierung des Kapitalismus – mit mehr oder weniger sozialen Elementen.

20 Jahre nach Rio ist es kein Geheimnis mehr, dass das Konzept der Nachhaltigkeit gescheitert ist. Die Umweltzerstörung schreitet voran, die CO₂-Emissionen steigen weiterhin, die Vernichtung der Wälder ist ungebremst, und von einer Ressourcen schonenden Wirtschaftsweise kann im Zeitalter wachsender Konkurrenzen um Seltene Erden, Ölreserven, Kohle und Erze keine Rede sein. Auch ist es global nicht gelungen, die sozialen Verhältnisse radikal zu transformieren und mithin egalitärere Gesellschaften zu begründen. Obgleich in vielen Ländern des globalen Südens wie etwa in

Lateinamerika in den vergangenen zehn Jahren die extreme Armut reduziert werden konnte, geht die Schere zwischen Arm und Reich weiter auseinander – und das nicht nur im Süden. Während in der Krise einerseits die Reallöhne sinken, steigt andererseits die Zahl der Milliardäre. Das Scheitern der nachhaltigen Entwicklung lässt sich darauf zurückführen, dass das wachstumsorientierte Produktionsmodell sowie die ressourcen- und energieintensive Lebensweise des Westens zu keinem Zeitpunkt hinterfragt wurde. Im Gegenteil, mit der Globalisierung erlangten sie vielmehr universellen Charakter. Eine ökologische und sozial verantwortliche Wirtschaftsweise hat im Kontext der kapitalistischen Globalisierung, in der es primär um die Konkurrenz um Weltmarktanteile geht, keinen Platz.

Dies soll sich nun ändern. Der nachhaltigen Entwicklung soll beim Rio+20-Gipfel auf die Sprünge geholfen werden. Das neue Allheilmittel zur Lösung der sozial-ökologischen Krise lautet: Green Economy. Die Vorschläge und Strategien für eine Grüne Ökonomie versprechen, die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise, die Energie-, Klima- und Ernährungskrise ebenso zu lösen wie die Armutssproblematik. Entsprechend lautet die Programmatik des 2011 veröffentlichten Berichts des Umweltprogramms der Vereinten Nationen

(UNEP) mit Blick auf Rio+20: «Hin zu einer Grünen Ökonomie. Wege für nachhaltige Entwicklung und Armutsreduzierung». Ökologische Risiken sollen durch die Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch sowie durch den effizienteren Einsatz von Ressourcen und technologischen Innovationen verringert werden. Zugleich sollen wirtschaftliches Wachstum, materieller Wohlstand und soziale Teilhabe erhöht werden. Letzteres soll im Wesentlichen über die Schaffung neuer «green jobs» gelingen.

Obgleich die Ziele und Strategien der Grünen Ökonomie ähnlich klingen wie die der nachhaltigen Entwicklung, bestehen wesentliche Unterschiede zwischen beiden Konzepten: Zum einen ist die technologische Basis der Green Economy heute deutlich weiter entwickelt als Anfang der 1990er Jahre. Die Solartechnologie ist ausgereifter und billiger, Elektromotoren haben Marktreife erreicht. Zum anderen wird die Green Economy zur Lösung einer tief greifenden Krise in den Zentren angepriesen. Gerade aus der «schöpferischen Kraft der Krise» erfährt sie ihre besondere Attraktivität für Politik und Wirtschaft. Schließlich beinhaltet das Konzept der Green Economy die Idee, mittels ökologischer Modernisierung der Degradierung der natürlichen Lebensgrundlagen wirkungsvoll entgegenzutreten, und arbeitet insofern mit einem anderen, grünen Wachstumsbegriff. Das macht das Konzept wichtig, und dieser Anspruch ist ernst zu nehmen.

Doch die dominanten Strategien werden die sozialen und ökologischen Widersprüche des Kapitalismus nicht aufheben, sondern diese allenfalls selektiv bearbeiten oder sie zeitlich und räumlich verschieben, etwa in die Zukunft oder in die Peripherie. Dies zeigt sich bereits daran, dass mit der Green Economy jene Faktoren und

politischen wie sozialen Kräfte als Hoffnungsträger ausgemacht werden, die auch für die Krise verantwortlich sind: die Staaten und vor allem der Markt und das Kapital sowie die Orientierung an Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit.

Die ökologische Modernisierung via Green Economy, wie sie im Juni 2012 in Rio zum neuen Leitbild gesellschaftlicher Entwicklung erklärt werden wird, wird scheitern, denn sie stellt – wenn überhaupt – eine selektive Strategie dar, die weder demokratisch verfasst noch inklusiv ist. Sie bricht weder mit den bestehenden Herrschaftsverhältnissen noch mit der kapitalistischen Form der Naturaneignung. Besitzverhältnisse, Verteilungsfragen, Macht- und Interessengegensätze, geschlechtsspezifische, rassistische und imperiale Herrschaftsverhältnisse bleiben in den Konzepten der Green Economy unangetastet. Die Bearbeitung gegenwärtiger Krisen in einem emanzipatorischen, internationalistischen und solidarischen Sinne muss jedoch notwendigerweise die Veränderung der bestehenden Wirtschaftsweise und der Herrschaftsverhältnisse zur Voraussetzung haben.

KRISTINA DIETZ IST WISSENSCHAFTLICHE MITARBEITERIN AM LATEINAMERIKA-INSTITUT DER FU BERLIN UND IM BUKO AKTIV

ZUM THEMA Der vorliegende Text basiert auf einem 2012 verfassten Thesenpapier des Arbeitsschwerpunktes Gesellschaftliche Naturverhältnisse (AS GesNat) der Bundeskoordination Internationalismus (BUKO) mit dem Titel: «Nach dem Scheitern der Green Economy. 10 Thesen zur Kritik der Grünen Ökonomie.»

JUDITH DELLHEIM

IN DER EU UND HIERZULANDE

DIREKTDEMOKRATISCHE INITIATIVEN NEHMEN ZU

Nicht wenige der an den Berliner Wasser-, S-Bahn- und Energietischen Beteiligten unterstützen die erste europäische Bürgerinitiative «Wasser und sanitäre Grundversorgung sind ein Menschenrecht». Sie fordert die Europäische Kommission dazu auf, allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union verbindliche Ziele zu setzen, um das Menschenrecht auf Wasser und sanitäre Grundversorgung überall in der Welt forciert zu realisieren.

Dass in der Europäischen Union zahlreiche Menschen die parlamentarische Demokratie als untauglich oder unzulänglich ansehen, um ihre Probleme zu lösen, zeigt nicht zuletzt die Attraktivität von Bürgerbewegungen wie die der spanischen Initiativen M15 oder ¡Democracia real Ya! (Echte Demokratie Jetzt!) oder von Bürgerbegehren und -entscheiden.

In seinem «Volksbegehrensbericht 2011» stellt der Verein Mehr Demokratie eine leichte Zunahme von eingeleiteten direktdemokratischen Verfahren in Deutschland fest. Diese befassen sich vor allem mit Themen aus dem Bildungs- und Kulturbereich, richten sich aber auch immer häufiger gegen die Privatisierung öffentlicher Güter und Dienstleistungen sowie gegen konkrete Investitionsvorhaben wie den Ausbau von Straßen, Brücken, Flughäfen oder den Kohletagebau. Immer häufiger fordern BürgerInnen einen besseren

Klima- und Naturschutz, die Förderung erneuerbarer Energien, die Rekommunalisierung beziehungsweise Stärkung der lokalen Wasserversorgung, Energiewirtschaft, Müllentsorgung oder des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV).

Die Analyse zeigt allerdings, dass partizipativ-demokratische Entscheidungen nicht per se von linken Einstellungen ausgehen, sondern sogar das Ziel haben können, neoliberale Politik zu legitimieren. Dennoch gilt: Die heutigen gesellschaftlichen Probleme können nur gerecht und solidarisch angegangen werden, wenn möglichst viele Menschen ihre Interessen geltend machen, Hegemonie verändern, Problemursachen strukturell bekämpfen, sie zunehmend verdrängen und letztendlich überwinden (wollen). Menschen als Individuen, in sozialen Zusammenhängen und politischen Organisationen müssen also zusammenfinden, gemeinsam Forderungen und Positionen formulieren und um Entscheidungs- und Handlungsmöglichkeiten ringen. Dabei kommt direktdemokratischen Instrumenten ein wichtiger Stellenwert zu – nicht automatisch, sondern im Kontext gesellschaftlicher Problemlösungs-, Demokratisierungs- und Veränderungsstrategien.

Zwischen 2011 und 2014 laufen in Deutschland die regionalen Energie-Konzessionsverträge mit den führenden Energiekonzernen aus, 2014 die kommunalen Nahverkehrsverträge. Das ist Anlass für



Familie Thoroddsen vor ihrem Haus in Hafnarfjörður, Island

zahlreiche lokale und regionale Energie- und ÖPNV-Tische, zu beraten, welche Möglichkeiten sich in den Kommunen und Regionen auftun, die Energieversorgung und/oder den ÖPNV gerechter, sozialer und ökologischer zu gestalten.

Das erfolgreiche Volksbegehren «Unser Hamburg – Unser Netz» zur Rekommunalisierung der Hamburger Energienetze und der Erfolg in Berlin, per Bürgerentscheid die Offenlegung der Verträge mit den privatisierten Wasserbetrieben durchgesetzt zu haben, haben den Berliner Energietisch beflügelt. Das breite gesellschaftliche Bündnis aus lokalen Initiativen und Organisationen, darunter das BürgerBegehren Klimaschutz, entstand im letzten Frühsommer. Ziel des Berliner Energietisches sind der Rückkauf der Stromnetze und die Schaffung eines landeseigenen Stadtwerkes in Form eines modernen, ökologischen und sozialen Energiedienstleisters. Dessen Gewinne sollen in den Ausbau erneuerbarer Energien, in die Ökologisierung der Netze und in soziale Projekte fließen. Der Energietisch artikuliert Positionen zu sozialen, ökonomischen, ökologischen und demokratischen Standards, die über Berlin hinaus auf tief greifende gesellschaftliche Veränderungen zielen. Er hat das Volksbegehren «Neue Energie für Berlin – demokratisch, ökologisch, sozial» gestartet.

JUDITH DELLHEIM IST REFERENTIN FÜR SOLIDARISCHE ÖKONOMIE IN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

ULRICH BRAND

AUSGETRETENE WEGE

NEUE STRATEGIEN SOZIAL-ÖKOLOGISCHER TRANSFORMATION SIND NOTWENDIG

Im besseren Fall richtet die Rio+20-Konferenz keinen größeren politischen Schaden an. Schneller als der Polit-Hype in der ersten Jahreshälfte 2012 zunimmt, wird er nach der Konferenz wieder abnehmen. Die globalen Ressourcen- und Klimamanager aus Diplomatie und Wirtschaft werden sich bemühen, Erfolge herauszustellen. Die progressive Zivilgesellschaft wird enttäuscht sein.

Ein klein wenig besser wäre es, wenn die Debatten vor und um Rio die strukturellen Grenzen einer politischen Herangehensweise aufzeigen könnten, die nun die Verursacher der Krise zu den Rettern erklärt, Machtfragen aus dem Weg geht und auf die Frage nach Alternativen immer nur dieselbe Antwort hat: Der Markt (das heißt der kapitalistische Gewinnimperativ) wird es schon richten, gegebenenfalls mit staatlichen Rahmenseetzungen. «Gebt der Natur einen Preis, und alles wird gut!»

Doch es kann auch schlimmer kommen. Die Welt geht der Roadshow der brasilianischen Regierung auf den Leim: dass die weitere Ausbeutung des Amazonas, gentechnisch verändertes Saatgut und Erdölförderung im Südatlantik im Grunde der Einstieg in eine grüne und solidarische Ökonomie sind. Dafür muss «der Süden» erst einmal kräftig wachsen – die alte Entwicklungslitanei, hinter der mehr oder weniger brachiale kapitalistische Modernisierung steht. Kritik in Brasilien wird als fortschrittsfeindlich mundtot gemacht.

Die ökologische Modernisierung des Kapitalismus wird postuliert – und in einigen Branchen und einigen Regionen vielleicht teilweise realisiert. Mit Gerechtigkeit, Solidarität und vernünftigem Wirtschaften, einer Einhegung von Macht, dem Schutz der Lebens-

grundlagen und ihrer nachhaltigen Nutzung hat das alles nichts zu tun.

Kurz: Für linke Kräfte ist in Rio+20 nichts zu gewinnen. Die Kräfteverhältnisse auf dem Terrain der globalen Umweltpolitik sind einfach zu ungleich.

Fraglos hat der Nachhaltigkeitsdiskurs in den letzten 20 Jahren viele sinnvolle Initiativen begleitet. Das Umweltbewusstsein hat zugenommen (der Ressourcenverbrauch aber nicht abgenommen), ökologische Modernisierung hat in einigen Bereichen durchaus stattgefunden, Partizipationsansprüche sind in der Tat gestiegen (doch sie laufen oft genug leer).

Klar ist heute, dass die Linke rot-grün sein muss. An konkreten Vorschlägen und Erfahrungen mangelt es nicht: solidarische Mobilität, dezentrale, demokratische und nachhaltige Energieerzeugung und -versorgung, andere Infrastrukturpolitiken. Und dennoch bleiben linke Vorschläge oft kraftlos und wenig überzeugend.

Bislang haben keynesianische Sichtweisen die Oberhand: Regulierung der Finanzmärkte, eine andere Geld- und Wirtschaftspolitik, Umverteilung, stärkere Staatsintervention. Das Euro-Memorandum 2012 beispielsweise erwähnt Umweltfragen in einer Art Political Correctness, nämlich recht allgemein in Form von «grünen Arbeitsplätzen», Energieeinsparungen sowie der Produktion von ökologischen und preisgünstigen Nahrungsmitteln. Das steht jedoch in keinem systematischen Zusammenhang mit den anderen Forderungen. Auch der Ende März 2012 veröffentlichte wichtige gewerkschaftsnahe Aufruf «Europa neu begründen» (www.europa-neu-begrunden.de), um ein anderes Beispiel zu nennen, spricht zwar

viel von Solidarität und Demokratie, kommt aber ohne jeden Gedanken an die Ressourcen- und Umweltproblematik aus. Von einer grundlegend anderen, solidarischen Produktions- und Lebensweise ist nicht die Rede.

So wichtig Verteilungs- und damit zusammenhängende Machtfragen sind, so sehr drängt diese linke Perspektive «Umweltfragen» an den Rand, weil sie als «Umweltfragen» und nicht als sozial-ökologische Fragen und nicht in der Perspektive einer sozial-ökologischen Transformation thematisiert werden. Solange linke Politik in keynesianischen Alternativen den einzigen Ansatzpunkt sieht und «Öko» allenfalls als öffentliches sozial-ökologisches Investitionsprogramm fordert, ist sie nicht auf der Höhe der Zeit und wird angesichts der zunehmenden Probleme an Glaubwürdigkeit verlieren. Vor allem «Verteilung, Verteilung, Verteilung» zu rufen, ohne darauf zu achten, wie das zu Verteilende eigentlich produziert wird, reicht nicht. Deshalb verliert linke (und grüne) Parteiprogrammatik auch den Anschluss an soziale Bewegungen beziehungsweise erachtet soziale Bewegungen als nicht wichtig.

Eine linke Strategie bestände aus meiner Sicht darin, die «Umweltfrage» anders zu thematisieren. Nicht nur als Frage der Übernutzung, sondern als Frage der herrschaftlichen Naturaneignung. Denn dann kann die sehr umfassende Perspektive eines weitreichenden Umbaus der Produktions- und Lebensweise angegangen werden. Alles andere ist sozialtechnologische Träumerei. Das hieße aber auch, keynesianische Perspektiven stark zu öffnen und mit

dem (impliziten) Programm der Naturbeherrschung zu brechen. Ausgangspunkt linker Politik sollten weniger der Klimawandel, die Erosion der biologischen Vielfalt, die Übersäuerung der Ozeane und anderes mehr sein (die weiterhin thematisiert und problematisiert werden müssen), sondern die gesellschaftlichen Verhältnisse, die eben zu diesen Problemen führen. Denn diese gilt es ja zu verändern: die den Klimawandel erzeugende Produktions- und Lebensweise in den Bereichen Ernährung und Energie, Mobilität und Kommunikation, Wohnen und Freizeit. Das hat viel mit dem imperialen und neoliberalen Kapitalismus, mit patriarchalen und rassistischen Verhältnissen zu tun.

Würde dieser Ausgangspunkt akzeptiert, würden beispielsweise in der aktuellen EU-Krise die sich nun entwickelnden kritischen Positionen konsequent anders gedacht werden. Weg von der lähmenden, allenfalls verteidigenden, kaum nach vorne drängenden Haltung. Es wäre ein Bruch mit dem alten, auf der Beherrschung von Menschen und Natur basierenden Fortschrittsversprechen kapitalistischer Modernisierung hin zur praktischen Kritik der Herrschaftsmechanismen. Es wäre zudem ein Aufbruch hin zu solidarischen, nachhaltigen und demokratischen Produktions- und Lebensweisen sowie zu anderen Formen auf Befreiung zielender Politik, weg von dem Gefasel von Governance. Es wäre linke Politik auf der Höhe der Zeit und der gesellschaftlichen Möglichkeiten.

ULRICH BRAND IST PROFESSOR FÜR INTERNATIONALE POLITIK AN DER UNIVERSITÄT WIEN

Familie Çınar vor ihrem Haus in Istanbul, Türkei





Man darf ja mal träumen. Auf der Ferienakademie im März ging es aber vor allem um intensiven Austausch. Foto: Vilius Kiudelis/Flickr

KATHARINA KRÜGER

STEIGENDE NACHFRAGE

EIN ORT DES AUSTAUSCHES: DIE FERIENAKADEMIE VOM 10. BIS 15. MÄRZ 2012

Was haben ein Braunkohletagebau, eine Party, Diskussionen über Hegel, Penetrationskritik und veganes Essen gemeinsam? Sie waren alle Teil der letzten Ferienakademie der StipendiatInnen des Studienwerks der Rosa-Luxemburg-Stiftung im Frühjahr 2012.

Diese Mischung aus intellektuellem Input und politischen Diskussionen sowie einer Menge Freizeit, um sich gegenseitig kennenzulernen, ist das Charakteristische dieser Veranstaltung und macht sie zu einem unvergesslichen Ereignis für die Teilnehmenden. Diesmal fand sie im idyllischen Blossin, südlich von Berlin, statt. Ziel ist es, den StipendiatInnen eine Plattform zu geben, auf der sie sich über wissenschaftliches Arbeiten und gesellschaftspolitisches Engagement austauschen und diesbezüglich weiterbilden können. Allen StipendiatInnen, Ehemaligen und VertrauensdozentInnen steht es frei, dort Workshops anzubieten. Das gesamte Programm wird von einem stipendiatischen Arbeitskreis organisiert und gestaltet, mit großzügiger Unterstützung des Studienwerks, das hierfür seine Infrastruktur zur Verfügung stellt. Besonders erwähnenswert ist, dass auf der letzten Ferienakademie zum ersten Mal eine umfassende Kinderbetreuung durch ein externes Unternehmen angeboten wurde, um auch Eltern die Möglichkeit zu geben, problemlos an allen Veranstaltungen teilnehmen zu können.

Zum Auftakt der Ferienakademie am Montag und Dienstag standen 24 Kurzworkshops auf dem Programm. Dabei fanden jeweils vier Workshops parallel in insgesamt sechs Blöcken statt. Die Themen reichten von «Ideologiekritik» über «Kritik an der Eigenverantwor-

tungsrhetorik im Gesundheitswesen» bis hin zu «Artists as Politicians in (Post-)Yugoslavia» und «Queer-Feminismus». Erfreulich war, dass in jedem Block ein englischsprachiger Workshop angeboten werden konnte, da der vorbereitende Arbeitskreis nicht nur auf Deutsch, sondern auch auf Englisch zur aktiven Beteiligung aufgerufen hatte. Damit war auf Kritik an vorangegangenen Ferienakademien reagiert worden, wonach sich Teilnehmende aufgrund von Sprachbarrieren teilweise ausgeschlossen gefühlt hatten.

Und es gibt noch eine gute Nachricht: Während in den letzten Jahren die Workshops überwiegend von Männern gehalten wurden, gab es dieses Mal genauso viele weibliche wie männliche Referenten. Diese positiven Entwicklungen wurden von den Teilnehmenden wie von den MacherInnen der Ferienakademie gleichermaßen begrüßt. Die Abende wurden durch Kulturbeiträge und lange Kneipensitzungen anregend und gemütlich. Zumindest meistens. Das Streitgespräch über «Die Linke, der Zionismus und der Antisemitismus» zwischen Joachim Bruhn und Marcus Hawel am Dienstagabend führte zu gemischten Gefühlen und heftigen Kontroversen. Bis tief in die Nacht hinein sah man StipendiatInnen diskutieren. Wer sich anders amüsieren wollte, hatte die Möglichkeit, sich auf der mittlerweile legendären Ferienakademie-Allstars-Party auszuto-

ben. Am Mittwoch wartete eine Exkursion in die Lausitz auf Interessierte. Thematisch ging es um Umweltrisiken durch die Braunkohleförderung sowie die damit verbundene Zerstörung von Dörfern in Südbrandenburg. René Schuster leitete die Exkursion, die an einer

Kante des Tagebaus Jämschwalde begann. Angesichts der Größe des wüstenartigen Loches ging ein Raunen durch den Bus. Auch der anschließende Besuch eines bedrohten Dorfes sowie die Erzählungen über den jahrelangen Widerstand der Bevölkerung beeindruckten die Teilnehmenden sehr. Am Donnerstag begannen dann die systematischen Workshops, die sich über zwei Tage erstreckten und die in Zusammenarbeit von Stiftungsangestellten und StipendiatInnen angeboten wurden. Themen waren «Linke und Gewerkschaften», «Rechts, wo die Mitte ist – Neonazismus in Deutschland als gesellschaftliches Problem und was mensch dagegen tun kann», «Politische Ökonomie heute» und «Rechtskritik am Beispiel der Kritik des «Anti-Terror-Kampfs»». Die systematischen Workshops boten die Möglichkeit, sich intensiver mit einem Thema auseinanderzusetzen. Durch die enge Kooperation zwischen Stiftung

und StipendiatInnen konnten beide Seiten voneinander lernen. Zudem gelang es, teilnehmende StipendiatInnen in verschiedene Gesprächskreise oder andere Projekte der Stiftung zu integrieren. Wie zufrieden die StipendiatInnen insgesamt waren, wird die derzeit laufende Evaluation zeigen. Die Stimmen, die bis jetzt zu hören waren, sind überwiegend positiv. Viele StipendiatInnen äußerten ihre Begeisterung und den Wunsch, wieder teilnehmen zu können. Dies wurde auch bei den letzten Anmeldungen für die Ferienakademie sichtbar. Circa 200 StipendiatInnen haben sich diesmal auf die knapp 80 Plätze beworben. Die nächste Ferienakademie wird im September in Hannover und damit erstmals in den alten Bundesländern stattfinden. Wir hoffen auf gutes Wetter und darauf, dass es wieder so toll wird wie das letzte Mal.

KATHARINA KRÜGER IST STIPENDIATIN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

JANE ANGERJÄRV/MARCUS HAWEL

PROMOTION – UND DANN?

TAGUNG ÜBER BERUFSPERSPEKTIVEN VON PROMOVIERENDEN

Die Promotion ist der zweithöchste akademische Grad, den man erwerben kann. Aber was kommt danach? Das Studienwerk der Rosa-Luxemburg-Stiftung lud am 10. und 11. Februar 2012 in Kooperation mit dem StipendiatInnen-Arbeitskreis Promovierendenforum zum zweiten Mal zur Information und Diskussion über berufliche Perspektiven von Promovierenden.

Die Promotion dient als Nachweis der Befähigung zur selbstständigen wissenschaftlichen Arbeit. Eher selten wird die Habilitation als zusätzlicher Qualifikationsschritt ins Auge gefasst. Nur ein Prozent der Promovierten schafft den Weg zu einer Professur. Viele entscheiden sich dagegen für eine berufliche Laufbahn im außeruniversitären Umfeld. Der Weg von der Promotion zur ersten Stelle ist jedoch oftmals schwer. Wer sich früh genug – schon während der Promotion – Klarheit über den angestrebten Berufsweg verschafft und Kontakte knüpft, kann den Übergang in den Beruf erheblich erleichtern. Auf der Grundlage mehrerer Vorträge erörterten die TeilnehmerInnen den Übergang von der erfolgreich abgeschlossenen Promotion zu einer weiteren wissenschaftlichen Laufbahn auf individueller, institutioneller und struktureller Ebene, aber auch den Schritt zur Habilitation und den Prozess der Drittmittelakquise für eigene Forschungsprojekte. Auf der Veranstaltung wurden sowohl deutschland- als auch europaweite Förderprogramme vorgestellt. VertreterInnen verschiedener Stiftungen informierten darüber, wie Forschungsanträge zu stellen sind und wie Postdoc-Stellen geschaffen werden können. Die Podien zu Themen wie «Prekäre Wissenschaft? Hochschul- und arbeitspolitische Situation von NachwuchswissenschaftlerInnen» oder «Der Weg zu einer Professur – Utopische Illusion oder realisier-

bare Utopie?» erörterten die Situation an den Hochschulen und diskutierten Gegenstrategien. In Workshops zu «Beruflichen Alternativen im außeruniversitären Bereich» oder «Keine Angst vor der Professur» ging es zudem darum, sich über ganz persönliche Erfahrungen im Umgang mit der prekären Lage als NachwuchswissenschaftlerInnen auszutauschen.

Die Veranstaltung stieß bei den StipendiatInnen erneut auf großes Interesse. Deshalb wurde sie mittlerweile zum festen Bestandteil des ideellen Förderprogramms gemacht. Als weitere Säule kommt ab 2013 ein Tagungskonzept hinzu, das bei der nachwuchswissenschaftlichen Förderung noch einen Schritt früher ansetzt: bei StudienabsolventInnen, die mit dem Gedanken einer Promotion spielen und Entscheidungshilfen suchen. Beide Tagungen werden sich fortan im Jahresrhythmus abwechseln. Erklärtes Ziel ist es, den regelmäßigen Austausch zwischen StipendiatInnen, VertrauensdozentInnen und StiftungsmitarbeiterInnen über Probleme und spezifische strukturelle und politische Barrieren zu organisieren, die sich im Bildungsaufstieg für linke NachwuchswissenschaftlerInnen ergeben: Was bedeutet Promovieren für Linke? Was sind die Diskriminierungserfahrungen im Bildungsaufstieg? Hierzu sollen langfristig auch Konzepte und Strategien gezielter Förderung linker NachwuchswissenschaftlerInnen diskutiert werden, die über die bloße materielle Förderung in Form des Stipendiums hinausgehen. Solche Konzepte wären ein wichtiger Beitrag dazu, eine linke Hegemonie an den Hochschulen und in der Gesellschaft wiederherzustellen.

JANE ANGERJÄRV UND MARCUS HAWEL SIND MITARBEITER DES STUDIENWERKS IN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

DOKTORANDINNENJAHRBUCH DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG Das Studienwerk hat in Zusammenarbeit mit StipendiatInnen das neue Format eines DoktorandInnenjahrbuches entwickelt. Nun liegt der erste Jahrgang mit dem Titel «Work in Progress. Work on Progress» vor. Das Jahrbuch umfasst 34 Aufsätze von PromotionsstipendiatInnen der Rosa-Luxemburg-Stiftung und bietet so ein Panorama der interdisziplinären Arbeitsfelder und Themen, zu denen die StipendiatInnen promovieren. Es ist geplant, jährlich einen solchen Band herauszugeben. Das Jahrbuch 1/2011 ist im Buchhandel erhältlich und kann auch beim Karl Dietz Verlag Berlin (info@dietzberlin.de) oder direkt bei der Stiftung (malingrioux@rosalux.de) bestellt werden. Hochschulbibliotheken können es kostenlos anfordern (malingrioux@rosalux.de).



Die Occupy-Bewegung hat die politischen Kräfteverhältnisse in den USA verschoben – und auch das Left Forum verändert. Foto: nc-nd/Flickr

STEFANIE EHMSSEN/ALBERT SCHARENBERG

OCCUPY THE OFFICE

IN NEW YORK TAGTE DAS LEFT FORUM. MIT DABEI: DIE ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

Wer die Occupy-Bewegung in den Vereinigten Staaten durch die Brille ihrer europäischen Ausläufer beurteilt, verkennt ihre Bedeutung. Denn anders als etwa in der Bundesrepublik ist die Bewegung in den USA ein echtes Massenphänomen – Occupy Wall Street hat die US-Politik gehörig aufgemischt. Auch in den Diskussionen des Left Forums in New York stand sie im Zentrum der Aufmerksamkeit.

Seit die Proteste gegen die Finanzwelt und ihre politischen Steigbügelhalter im September vergangenen Jahres begannen, hat sich die Bewegung wie ein Lauffeuer über das ganze Land ausgebreitet. In Hunderten Städten wurden öffentliche Plätze besetzt, Demonstrationen organisiert und Diskussionen veranstaltet. Auf diese Weise hat die Bewegung die politische Debatte massiv beeinflusst. Auch die rechte Mediendominanz, die mit dem Aufkommen der Tea-Party-Bewegung immer deutlicher zutage trat, konnte partiell aufgebrochen werden. Damit hat Occupy Wall Street bereits jetzt die politischen Kräfteverhältnisse im mächtigsten Land der Welt verschoben.

Mit der polizeilichen Räumung der besetzten Plätze und dem einbrechenden Winter kamen die populären Aktionsformen allerdings vorübergehend zum Stillstand. Im Frühjahr wird sich nun entschei-

den, ob und wie die «neue Linke» ihren außerparlamentarischen Kampf gegen soziale Ungleichheit und Entdemokratisierung fortsetzen kann. Dieses Vorhaben wird jedoch dadurch erheblich erschwert, dass eine Wiederaufnahme der Besetzungen nunmehr rigide polizeilich unterbunden wird. Die Bewegung muss sich also, wenn sie politisch überleben will, neue Protestformen einfallen lassen. Die Frage, wie es mit Occupy Wall Street weitergeht, stand denn auch im Mittelpunkt der Diskussionen auf dem diesjährigen Left Forum, eine aus der Socialist Scholars Conference hervorgegangene Konferenz der US-Linken, die jedes Jahr im März in New York City tagt. Schon im Vorfeld hatten sich die OrganisatorInnen darum bemüht, wichtige Akteure der Occupy-Bewegung in die Planungen einzubeziehen – wie sich zeigte, mit großem Erfolg. Während in den Vorjahren vorwiegend AnhängerInnen der eher traditionellen Linken das Bild des Forums prägten, veränderte diesmal die Präsenz der jungen, undogmatischen AktivistInnen Inhalte und öffentliches Erscheinungsbild.

Dabei war schon der schiere Umfang des Left Forums mit rund 400 Podien und 1.300 ReferentInnen geradezu überwältigend. Dies zeigte sich auch an der inhaltlichen Breite – zahlreiche Veranstaltungen bezogen sich direkt auf die Occupy-Bewegung und waren vor-

rangig von jungen AktivistInnen besucht. Ein Nachteil dieser Breite war freilich, dass man sich im Grunde kaum noch einen Überblick über die Aktivitäten verschaffen konnte und viele, auch ähnlich ausgerichtete Podien zeitgleich stattfanden.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung beteiligte sich erneut mit eigenen Angeboten am Left Forum. Auf fünf Podien stellte sie zentrale Fragen der Bewegung zur Diskussion. Auf dem Panel «Occupy the Banks – what socialists would do with the banking system if they had a chance» erörterten Leo Panitch (York University, Toronto), Philipp Hersel (DIE LINKE) und Albert Scharenberg (Rosa-Luxemburg-Stiftung, Büro New York) konkrete Alternativen zur Dominanz der Finanzmärkte. Einen zweiten Schwerpunkt bildete die Klimapolitik. Auf dem Podium «Rio+20: Towards a Green Capitalism?» zur – bereits jetzt gescheiterten – internationalen Konferenz in Rio kritisierten Lara Skinner (Global Labor Institute der Cornell University), Ashwini Sukthakar (Expertin für internationales Arbeitsrecht, New York), Steffen Kühne (Akademie für politische Bildung) und Alex Demirović (TU Berlin) die herrschende Klimapolitik.

Einen besonderen Akzent setzte das Panel «Black Atlantic: From Berlin to New York City», auf dem Tahir Della von der Initiative Schwarze Menschen in Deutschland (ISD) aus München und Eka Neuman vom Black Liberation Sound System aus Berlin mit den New Yorkern A. Shahid Stover (The Brotherwise Dispatch) und Kazembe Balagun (Brecht Forum) über transatlantische Kooperation diskutierten.

Schließlich veranstaltete die Stiftung zwei Podien, die sich mit unterschiedlichen Aspekten linker Organisation befassen. «Chancen für eine linke Entwicklung» eruierten Christoph Spehr (DIE LINKE, Bremen), Christina Kaindl (Institut für Gesellschaftsanalyse), Cindy Wiesner (Grassroots Global Justice Alliance) und Steve Williams (POWER, San Francisco). Über «Europäischen Widerstand gegen Austeritätspolitik» diskutieren José Soeiro (Portugal), George Stathakis (Griechenland), Teppo Eskelinen (Finnland) und Walter Baier vom europäischen Netzwerk transform!.

Das rege Interesse an der Stiftungsarbeit auf dem Left Forum zeigt, dass der Zeitpunkt für die Eröffnung des Auslandsbüros in New York City günstig ist. Dabei hat das New York Office, vergleichbar dem Büro in Brüssel, eine «Doppelstruktur»: Es wird aus Mitteln des Auswärtigen Amtes und des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) finanziert und sich dementsprechend sowohl mit Nordamerika als auch mit den Vereinten Nationen befassen. Das bedeutet, dass wir ebenso mit US-Linken, GewerkschafterInnen und AkademikerInnen wie mit AktivistInnen aus dem globalen Süden kooperieren werden.

Zudem wird die Arbeit teilweise in Form eines «Dialogbüros» konzipiert sein. Das heißt, wir werden bestrebt sein, zu internationalen Themen die Expertise der anderen Auslandsbüros der Stiftung für unsere Arbeit fruchtbar zu machen. Ein Beispiel hierfür bietet die erste große Konferenz, die wir derzeit, zusammen mit dem Global Labor Institute der Cornell University, für den Herbst zum Thema Gewerkschaften und Klimawandel («Blue-Green Alliance») organisieren – ein Thema, das von weltweiter Brisanz ist. Daneben werden wir auch zu Krieg und Frieden, Gewerkschaften, sozialen Bewegungen, linker Politik, Migration und vielen weiteren wichtigen Themen arbeiten – was wir ab Sommer auf einer zweisprachigen Website dokumentieren wollen.

STEFANIE EHMSSEN UND ALBERT SCHARENBERG LEITEN DAS STIFTUNGSBÜRO IN NEW YORK CITY

BEIDE SOLLTEN PROFITIEREN

EU UND OSTAFRIKANISCHE STAATEN VERHANDELN WIRTSCHAFTSABKOMMEN

Oduor Ong'wen, Direktor des Southern and Eastern African Trade Information and Negotiations Institute (SEATINI) in Kenia, über die Verhandlungen zwischen EU und ostafrikanischen Ländern um ein Wirtschaftspartnerschaftsabkommen.

SEATINI plant eine Konferenz mit ParlamentarierInnen aus ostafrikanischen Ländern sowie Mitgliedern des EU-Parlaments. Was sind die Erwartungen?

Ong'wen: Parlamente haben eine Aufsichtsfunktion über die Regierung. Die Europäische Kommission als Exekutiv-Agentur der EU und die Partnerstaaten der Ostafrikanischen Gemeinschaft (EAC) verhandeln derzeit über Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPAs). Die Konferenz soll ParlamentarierInnen beider Blöcke ermöglichen, ihre Bedenken und Ansprüche an die EPA-Verhandlungen auszutauschen und sie gegenüber ihren jeweiligen Exekutiven zu vertreten.

Führt der unterschiedliche wirtschaftliche Status der beteiligten Länder zu Konflikten innerhalb der EAC?

Ong'wen: Nein. Die Partnerstaaten haben ein gemeinsames wirtschaftliches Interesse an regionaler Integration. Aber die EU-Kommission könnte versuchen, Kenia mit den Verlusten einzuschüchtern, die drohen, weil andere Partnerstaaten wirtschaftlich schwächer entwickelt sind.

Welche Position hat SEATINI zu den EPA-Verhandlungen?

Ong'wen: Wir brauchen ein Partnerschaftsabkommen mit der EU, das einen beiderseitigen Nutzen hat und das die Asymmetrien zwischen den EU-Mitgliedstaaten und den EAC-Staaten anerkennt. Die Inhalte und der Prozess der EPA-Verhandlungen bieten keins von beidem.

Die EU will die Verhandlungen bis zum 1. Januar 2013 abschließen. Was ist der Stand der Dinge in Ostafrika?

Ong'wen: Die Fristen wurden willkürlich gesetzt. Wir können nicht gedrängt werden, Abkommen zu schließen, gegen die wir Vorbehalte haben. Es gibt eine ganze Reihe strittiger Themen, unter anderem Exportsteuern, die Meistbegünstigtenklausel oder die Entwicklungsmatrix. Wenn das Abkommen unterzeichnet wird, ohne zumindest einige dieser Themen anzugehen, haben wir unser gemeinsames Geburtsrecht verkauft.

Welche Rolle sollten SEATINI oder die Rosa-Luxemburg-Stiftung in Bezug auf regionale Integration spielen?

Ong'wen: Organisationen wie unsere, die sich an den Interessen der Menschen orientieren, müssen weiter für ein Übereinkommen eintreten, das weder Menschen in Europa noch in Afrika schadet.

DAS INTERVIEW FÜHRTE SIEGFRIED SCHRÖDER, LEITER DES AUSLANDSBÜROS OSTAFRIKA IN DARESSALAM



Oduor Ong'wen



Foto: Albrecht Girle

STEFAN THIMMEL

TRAUER UM ERNESTO KROCH

DIE CASA BERTOLT BRECHT UND ERNESTO KROCH (1917–2012)

Die Casa Bertolt Brecht in Montevideo bietet seit fast zehn Jahren mit Unterstützung der Rosa-Luxemburg-Stiftung ein ganzjähriges politisches und soziales Veranstaltungsprogramm an. Die Unterstützung des Kulturinstituts aus Deutschland hat viel mit Ernesto Kroch zu tun.

Ernesto Kroch war seit Gründung der Casa Mitglied des Direktoriums, hatte selbst aber nie einen Posten im Institut inne. Nach dem Zusammenbruch der DDR, als die Casa Brecht als Freundschaftsgesellschaft Uruguay-DDR aufgelöst wurde und als Kulturinstitut und soziokulturelles Zentrum der Linken wieder auferstand, wurde Ernesto zum Herz und Kopf der Casa Bertolt Brecht. Mit seinen Kontakten nach Deutschland einerseits und seinen Verbindungen zur uruguayischen Linken andererseits öffnete er das Haus nach außen und nach innen. Denn die Casa Bertolt Brecht war nicht von Anfang an das offene Kulturinstitut mit einem politischen Anspruch, das sich auch als unabhängiges Forum in der innenpolitischen Kultur Uruguays versteht. Angefangen hat alles im Jahre 1962, als der Verein Freundschaftsgesellschaft Uruguay-DDR mit dem Ziel der diplomatischen Anerkennung der DDR gegründet wurde. 1971 war das politische Ziel erreicht: Die DDR wurde von Uruguay diplomatisch anerkannt. Mit dem Jahre 1973 änderte sich alles. In Uruguay putschten die Militärs. Und auch für die Casa Bertolt Brecht kam das Aus. 1985 gelang es, die Räumlichkeiten zurückzuerhalten. 1989 konnte die Casa Bertolt Brecht trotz der «Wende» eigenständig bleiben, weil sie ein in Uruguay registrierter Verein ist und deshalb nicht in den Besitz der neuen Bundesrepublik überging. Seit dieser Zeit war Ernesto für die Casa Bertolt Brecht nahezu unersetzlich.

Am 11. März 2012 ist Ernesto Kroch, als Ernst Julius Kroch am 11. Februar 1917 in Breslau geboren, in Frankfurt am Main im Alter von 95 Jahren nach monatelanger, schwerer Krankheit verstorben. Mit ihm geht einer der letzten Zeugen des 20. Jahrhunderts, und es verlässt uns ein Mensch, der so viel war: Metallarbeiter, Gewerkschafter, Widerstandskämpfer, Schriftsteller, Basisaktivist. Ernesto war solidarisch, gerecht, bescheiden, kämpferisch, authentisch, humorvoll, tolerant.

STEFAN THIMMEL IST REFERENT FÜR ÖFFENTLICHKEITSARBEIT IN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

SREĆKO HORVAT

WERKSTATT FÜR ALTERNATIVEN

AUF DEM SUBVERSIVE FORUM IN ZAGREB GING ES UM EUROPA

Es ist keine Neuigkeit, dass die Europäische Union sich in der größten Krise seit ihrer Gründung befindet. Diese Krise hat in manchen Ländern den Aufstieg der extremen Rechten beflügelt, in anderen Massenproteste gegen die Sparpolitik provoziert – manchmal beides zusammen.

Die Unruhen innerhalb der EU und die Krisen des europäischen Projekts waren die Hauptthemen des diesjährigen Subversive Forum in Zagreb. Hauptziel des Forums ist es, einen Raum für den gemeinsamen Kampf zu schaffen, der alle sozialen Kräfte einbezieht, von normalen BürgerInnen, über AktivistInnen bis zu politischen RepräsentantInnen. An der internationalen Konferenz des Forums «Die Zukunft Europas» vom 13. bis 19. Mai nahmen neben den «Dauer-gästen» Slavoj Žižek, Tariq Ali, Gianni Vattimo und Gayatri Spivak auch Stéphane Hessel, Michael Hardt, Saskia Sassen, Renate Salecl, Christian Marazzi, Eric Toussaint und andere teil. Für eine Woche im Mai wurde Zagreb zum Zentrum kritischen Denkens und zur Werkstatt politischer, sozialer und wirtschaftlicher Alternativen. Wenn technokratische Regierungen den Ländern Sparprogramme aufdrücken und wenn die EU, der IWF und die WTO für Strafmaßnahmen für die BürgerInnen plädieren, ist Widerstand oft die einzige Option. Aber wie sieht er aus, und was sind seine Motive und Konsequenzen? In einer Diskussionsrunde zur Krise Europas ging es auch um die Frage, ob ein «anderes Europa» möglich ist. Sollte die Linke, neben dem Kampf für soziale Gerechtigkeit, ein alternatives politisches System entwickeln, basierend auf direktdemokratischen Praktiken und Selbstverwaltung? Diese Themen diskutierten unter anderen Samir Amin, Bernard Cassen, G. M. Tamas, Walter Baier, Christophe Ventura, Haris Golemis und Costas Douzinas.

Am Mittwoch, dem 16. Mai, lag der Schwerpunkt auf dem Schutz öffentlicher Güter. Die Diskussionen fokussierten auf die zunehmende Zerstörung des Gemeinwohls durch die Logik des neoliberalen Kapitalismus. Wie stehen globale Belange, etwa die Fragen der Land- und Wasserausbeutung, im Konflikt mit globalem Kapitalismus und kurzfristiger Profitgewinnung? Wer profitiert eigentlich von den Ressourcen der Allgemeinheit? Wer andererseits von Urheberrechtsgesetzen? Zu diesen Themen meldeten sich Michael Hardt, Alan Toner, Ugo Mattei, Giovanni Allegretti, Viond Raina, Jean-Marie Perbost, Geert de Pauw und andere zu Wort.

Am 17. und 18. Mai fand schließlich das erste «Balkan Social Forum» statt, das die wichtigsten progressiven Organisationen und Bewegungen des Balkans zusammenzubringen und zugleich in breitere europäische und globale Netzwerke einbinden sollte. Hier standen die Analysen der sozialen Kämpfe im Balkan und neuralgischer Punkte der neoliberalen Wirtschaftsordnung und der repräsentativen Demokratie in dieser Region im Mittelpunkt. Mehr Informationen unter www.subversiveforum.com.

SREĆKO HORVAT IST PHILOSOPH, PROGRAMMDIREKTOR DES SUBVERSIVE FORUM UND LEBT IN ZAGREB

KADRIYE KARCI

BRÜCKENSCHLAG

STIFTUNG ERÖFFNET AUSLANDSBÜRO IN DER TÜRKEI

Im vergangenen Jahr hat die Rosa-Luxemburg-Stiftung beschlossen, ein Auslandsbüro in der Türkei zu eröffnen. Die dazu notwendigen Vorbereitungen laufen zurzeit. Voraussichtlich noch in diesem Jahr wird das Türkei-Büro seine Arbeit aufnehmen.

Die Türkei hat eine Brückenfunktion zwischen Europa und dem Nahen Osten. Sie ist ein Land, in dem unterschiedlichste linke Bewegungen, Initiativen und Gruppen die demokratische Entwicklung mitgestalten möchten. Höchst widersprüchliche Prozesse prägen die derzeitige Entwicklung in der Türkei: So wird beispielsweise der Einfluss des Militärs auf staatliche Institutionen zurückgedrängt, gleichzeitig werden politische AktivistInnen, JournalistInnen, AnwältInnen und Intellektuelle willkürlich in Untersuchungshaft genommen, weil sie sich für eine demokratische Entwicklung einsetzen.

Die Entscheidung, ein Büro in der Türkei zu gründen, hängt aber auch mit der Situation in Deutschland zusammen. Hierzulande leben und arbeiten mehrere Millionen Menschen, die aus der Türkei stammen. Die Gründung des Büros der Stiftung ist deshalb auch eine Bereicherung für die Arbeit in den Bereichen Anti-Diskriminierung, Migration und Antirassismus. Gemeinsam mit PartnerInnen in der Türkei will das Büro mit eigenen und externen Projekten die soziale und demokratische Entwicklung des Landes unterstützen. Eine bedeutende Rolle wird dabei der Erfahrungsaustausch zwischen Deutschland und der Türkei spielen. Konkret hat sich das

neue Büro viel vorgenommen: Außerparlamentarischen AkteurInnen soll Raum geboten werden, ihre Konzepte für eine freiheitliche, gleichberechtigte, partizipative und demokratische Entwicklung vorzustellen. In diesem Zusammenhang spielen auch der Umgang mit dem Islam und das Verhältnis zum Islamismus eine große Rolle. Fragen der politischen und religiösen Toleranz, Menschenrechte, Rechte der Minderheiten, Frauenemanzipation, aber auch der Migration und interethnischer Probleme werden zu diskutieren sein. Um den Demokratisierungsprozess zu begleiten, will das Büro linksregierte Kommunen, linke Jugendorganisationen sowie linksorientierte Parteien und Initiativen bei der Gestaltung des gesellschaftlichen Zusammenlebens und der Wahrnehmung ihrer Rechte unterstützen. Die basisorientierte Bildungsarbeit mit Gewerkschaften steht ebenso auf der Agenda wie der Austausch mit Initiativen, die sich thematisch mit öffentlichen Gütern beschäftigen. Auch geschichtspolitisch will das Büro aktiv werden. Zentral werden dabei die Aufarbeitung der Geschichte der türkischen Linken nach dem Putsch 1980 und die Geschichte der Minderheiten in der Türkei sein. Und nicht zuletzt will das Büro mit Konferenzen, Seminaren, Fachdebatten und mit einer eigenen Website dazu beitragen, Brücken zu deutschen und anderen europäischen Organisationen zu schlagen.

KADRIYE KARCI IST DIE KÜNFTIGE LEITERIN DES AUSLANDSBÜROS DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG IN DER TÜRKEI

EVELIN WITTICH

FRAUENKÄMPFE IN SÜDAFRIKA

COSATU-FRAUENKONFERENZ DISKUTIERT PROBLEME WEIBLICHER BESCHÄFTIGTER

Auf der Nationalen Frauenkonferenz des südafrikanischen Gewerkschaftsverbandes COSATU diskutierten etwa 150 TeilnehmerInnen vom 27.–29. März kontrovers über Frauenrechte und Gewerkschaftsarbeit. Unterstützt wurde die Veranstaltung vom Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Südafrika.

Nationale Frauenkonferenzen sind selten geworden. Umso mehr berührt die Atmosphäre einer Frauenkonferenz in Südafrika: Vor Beginn kämpferischer Gesang, während der Reden zustimmende Sprechchöre, und zieht sich der Beginn einer Veranstaltung zu lange hin, singen die Frauen ihn herbei. So lässt es sich leichter zur Sache kommen.

Die Arbeits- und Lebensbedingungen von Frauen in Südafrika sind in der Regel noch sehr schlecht – besonders wenn sie als Haushaltshilfen arbeiten. Auch mangelnder Mutterschutz ist ein Grund für die Wut und Angst der Frauen, die sie – besonders die gewerkschaftlich organisierten – hoch emotional zum Ausdruck bringen. Die Nationale Frauenkonferenz des südafrikanischen Gewerkschaftsdachverbandes COSATU befasste sich deshalb vor allem mit diesen Themen. Auch sexuelle Belästigungen am Arbeitsplatz waren Gegenstand von Diskussionen auf der Konferenz. Die Fragen, wie

Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern aussehen kann und ob Feminismus in den Gewerkschaften ein Thema ist, zogen äußerst kontroverse Debatten nach sich. Die männlich dominierte Gewerkschaftsführung war erschienen, COSATU-Präsident Sidumo Dlamini wollte den Feminismus aus der Gewerkschaftsarbeit heraushalten. «We are all comrades», rief er in den Saal. Offenbar haben die Gewerkschaftsfrauen noch einiges mit den Männern in der Gewerkschaftsführung zu diskutieren.

In einer Podiumsdiskussion zur Geschichte der Kämpfe von Frauen speziell in COSATU wurden wichtige – auch sehr persönliche – Erfahrungen aus Streiks und Auseinandersetzungen um ihre Rechte vorgestellt. Es gab auch großes Interesse an der Person Rosa Luxemburg, ihrer Rolle in der europäischen Arbeiterbewegung und ihrer gegenwärtigen Bedeutung für die Linken im Allgemeinen und für das politische Engagement von Frauen im Besonderen. Deutlich wurde, dass die Zusammenarbeit von europäischen und südafrikanischen Frauen dringend gewünscht wird – auch und gerade mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

EVELIN WITTICH IST DIREKTORIN DER AKADEMIE FÜR POLITISCHE BILDUNG IN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG



Ausgangspunkt einer Reise in die deutsche Geschichte. Das ND-Haus in Berlin, Sitz der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Foto: Rosa-Luxemburg-Stiftung

AXEL KRUMREY

IN SCHWARZWEISS UND FARBE

PARLAMENTS-STIPENDIATINNEN AUF DEN SPUREN DEUTSCHER GESCHICHTE

HochschulabsolventInnen verschiedener Länder besuchten im Rahmen des Internationalen Parlaments-Stipendiums (IPS) die Rosa-Luxemburg-Stiftung. Im Mittelpunkt stand die Auseinandersetzung mit deutscher Geschichte.

Etwas trist wirkten die Räumlichkeiten in der Berliner Zentrale der Rosa-Luxemburg-Stiftung Anfang April dieses Jahres. Der architektonische Stil des gesamten Bürokomplexes fügte sich nahtlos ein in das, was man in den Ländern, aus denen der Großteil der Gäste stammte, mit dem Sozialismus verband. Abgesehen von ein paar Plakaten der Friedensbewegung an den Wänden des Seminarraums gab es nicht viel Farbe. Das sollte sich durch die diskutierten Inhalte ändern.

Die 22 SeminarteilnehmerInnen sind Teil des Internationalen Parlaments-Stipendiums des Deutschen Bundestages, das jährlich 115 HochschulabsolventInnen aus 28 Ländern für fünf Monate nach Deutschland einlädt. Ziel ist es, sich zu vernetzen und Eindrücke von Funktionsweise und Praxis parlamentarischer Abläufe zu sammeln. Praktika bei Bundestagsabgeordneten und Seminare der parteinahen politischen Stiftungen sollen dazu beitragen.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung rückte in ihrer Seminarwoche das Themenfeld Geschichte in den Mittelpunkt. Die Einstiegsbeiträge setzten sich mit der Bedeutung der Zeitgeschichte in der politischen Auseinandersetzung und mit der Rolle der Partei DIE LINKE im bundesdeutschen Parteiensystem auseinander. Thematische Führungen im Jüdischen Museum Berlin, im Haus der Wannsee-Konferenz und im Deutsch-Russischen Museum Berlin-Karlshorst boten die Möglichkeit, sich intensiv mit den Verbrechen des Nationalsozialismus zu befassen und das Gesehene anschließend untereinander

und mit den ExpertInnen vor Ort zu diskutieren. Einen sehr persönlichen Zugang zu dem, was auf die Beratung zur «Endlösung der Judenfrage» im Februar 1942 folgte, ermöglichte der Leiter der Bildungsabteilung des Hauses der Wannsee-Konferenz, Wolfgang Kaiser. Er konfrontierte die StipendiatInnen mit Aussagen von Überlebenden, von TäterInnen und deren Verwandten.

Das Mauermuseum in der Bernauer Straße nahm dann einen anderen Teil deutscher Geschichte in den Blick. Dass Nazi-Terror und SED-Diktatur allerdings nicht vergleichbar sind, machten beim Abschlusspodium sowohl die innenpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion der LINKEN, Ulla Jelpke, und Wolfgang Kaiser als auch die StipendiatInnen deutlich. Eine Kultur der Erinnerung, so die Position vieler StipendiatInnen, dürfe die Zeit kommunistischer Herrschaft und staatssozialistischer Freiheitsberaubung aber nicht ausklammern. Die Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit biete die Möglichkeit, aus ihr zu lernen.

Am vierten Seminartag war dann die Kreativität der StipendiatInnen gefragt. Mit Fotoapparaten ausgestattet, stellten sie die soziale Frage über ihre Bildimpressionen und diskutierten ihre Sichtweisen schließlich mit der stellvertretenden Lichtenberger Bezirksbürgermeisterin, Christina Emmrich. Neben Müllbergen, leer stehenden Kulturhäusern und FlaschensammlerInnen fotografierten die StipendiatInnen auch spielende Kinder und helfende Hände. Sie wollten die soziale Frage nicht auf den Gegensatz von Arm und Reich verengen, sondern auch Zukunft und Miteinander darunter verstanden wissen.

AXEL KRUMREY IST REFERENT IM BÜRO DER GESCHÄFTSFÜHRUNG DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

JOCHEN WEICHOLD

EIN BLICK HINTER DIE KULISSEN

STIFTUNG ÖFFNETE ARCHIV FÜR BESUCHERINNEN

«**Feuer, Wasser, Krieg und andere Katastrophen**» lautete das **Motto des diesjährigen «Tages der Archive»**. Mit dabei: das **Archiv Demokratischer Sozialismus (ADS) der Rosa-Luxemburg Stiftung**.

Am 3. März 2012 standen die Räume des ADS für alle interessierten BesucherInnen offen. Bei Führungen durch seine Räume konnte auch ein Blick in die nichtöffentlichen Teile des Hauses geworfen werden. Gemäß des bundesweiten Mottos der Veranstaltung erläuterte die Archivleitung während des Rundgangs, welche Vorkehrungen die ADS-MitarbeiterInnen zum Schutz der Bestände vor Feuer, Wasser und anderen Katastrophen getroffen haben. Einblicke gab es auch in die Maßnahmen, die im Fall der Fälle zur Begrenzung der Schäden vorbereitet worden sind.

Dazu gehören neben einem strikten Rauchverbot die Installation einer Rauchmeldeanlage im Magazin ebenso wie aktuelle Alarmtafeln in allen Magazin- und Arbeitsräumen. Dazu kommt die deutliche Kennzeichnung der Archivgutbehälter, in denen besonders wertvolle Archivalien gelagert werden. So können diese Teilbestände im Fall eines Brandes, eines Wassereintruchs oder eines anderen Schadens schnell erkannt und gerettet werden. Zudem wurde Material von herausgehobener Bedeutung im vergangenen Jahr von einer Spezialfirma mikroverfilmt und digitalisiert. Die Si-

cherheitsfilme werden an einem anderen Ort gelagert, die Digitalisierungen sind auf Servern außerhalb der Magazinräume gesichert. Während des Rundgangs konnten die BesucherInnen auch einen Blick in die sogenannte Havarie-Box werfen. Sie enthält für den Fall der Fälle eine Erstausrüstung, um Schäden am Archivgut insbesondere durch Wassereintrüche oder Löschwasser zu begrenzen und durchnässtes Archivgut für die Gefriertrocknung vorzubereiten.

Am 16. Juni jährt sich zum fünften Mal der Tag, an dem die Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG) mit der Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) zur Partei DIE LINKE fusionierte. Das ADS versteht sich als Gedächtnis der Partei DIE LINKE und ihrer Vorläuferorganisationen. Während des «Tages der Archive» gewährte es deshalb auch Einsicht in die laufenden Erschließungsarbeiten am WASG-Bestand. In einer kleinen Ausstellung wurden Dokumente aus ihrer Gründungszeit gezeigt. Ausgestellt waren auch sogenannte Sachzeugen – vom Button über T-Shirts mit der Aufschrift WASG bis hin zu Feuerzeugen und einem Stempel der WASG Sachsen. Die Bibliothek der Stiftung steuerte zu dieser kleinen Präsentation Broschüren der WASG und wissenschaftliche Literatur zur Geschichte der Partei aus ihren Beständen bei.

JOCHEN WEICHOLD IST LEITER DES BEREICHS ARCHIV DEMOKRATISCHER SOZIALISMUS/BIBLIOTHEK DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

CORNELIA DOMASCHKE

ROSA MIT GRÜNEM DAUMEN

BILDUNGSTAGE WIDMEN SICH DEM LEBEN UND DER PERSON VON ROSA LUXEMBURG

Die «Rosa Luxemburg Bildungstage» sind ein neues Bildungsformat, das sich an Interessierte aller Alters- und Berufsgruppen richtet und das die Akademie für politische Bildung gemeinsam mit anderen Strukturen der Stiftung künftig jedes Jahr rund um den Geburtstag der Namensgeberin am 5. März anbieten möchte.

Die diesjährigen «Rosa Luxemburg Bildungstage» begannen am 2. März mit einer kurzen Einführung in das Gesamtwerk. Anschließend wurde der Film «Rosa Luxemburg» von Margarethe von Trotta gezeigt. Am 3. März gab es einen Vortrag von Holger Politt zum Thema «Rosa Luxemburg – zwischen Botanik und Revolution». Es ist vielen nicht bekannt, dass Luxemburg Botanik studiert hatte, bevor sie sich aktiv in die Politik begab. Holger Politt schilderte die Geschichte des Herbariums von Rosa Luxemburg von seiner Entstehung bis zum Wiederauffinden der 18 Hefte in einem Schuhkarton im Archiv in Warschau. Im Gefängnis war die Arbeit an dem Herbarium für Luxemburg überlebenswichtig. Der Vortrag bot Anlass zu einer Diskussion über die vielschichtige Person Rosa Luxemburgs, zu der auch die anwesende Luxemburg-Biografin Annelies Laschitzka interessante Beiträge lieferte. Im Anschluss las Hanna Petkoff, Schauspielerin am Berliner Grips-Theater, aus den Liebesbriefen Rosa Luxemburgs an vier ihrer Geliebten; Jörn Schütrumpf

sprach über die Rolle dieser Männer in Luxemburgs Leben und ging auf Fragen Petkoffs ein.

Der Tag und die diesjährigen «Rosa Luxemburg Bildungstage» endeten mit einer Busexkursion «Rosas Leben und Wirken in Berlin», inhaltlich begleitet von Claudia von Gelieu. Dieser Programmpunkt hat schon eine gewisse Tradition seit der Internationalen Rosa-Luxemburg-Konferenz im Jahre 2009. Aufgrund des großen Interesses musste auch in diesem Jahr ein Wiederholungstermin angesetzt werden. Deshalb sollen Busexkursionen auch Bestandteil künftiger «Rosa Luxemburg Bildungstage» bleiben. Landesstiftungen, wie die in Sachsen-Anhalt, haben bereits Interesse an solchen Exkursionen im Rahmen von Schulprojekten angemeldet.

Die Resonanz auf das Format der Bildungstage war außerordentlich positiv. Deshalb werden wir es fortsetzen. Wir möchten alle Interessierten ermutigen, für die nächsten «Rosa Luxemburg Bildungstage» inhaltliche und methodische Vorschläge zu unterbreiten. Vorschläge für eigene Beiträge sind ebenfalls herzlich willkommen. Unser Ziel ist es, ein inhaltlich, kulturell und methodisch breites Angebot für unterschiedliche Berufs- und Altersgruppen zu entwickeln.

CORNELIA DOMASCHKE IST REFERENTIN FÜR ZEITGESCHICHTE IN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

Im
Minenfeld
der
Geschichte



Rosa Luxemburg
**NATIONALITÄTENFRAGE
UND AUTONOMIE**

Herausgegeben und aus dem
Polnischen übersetzt von Holger Politt
270 SEITEN, KLAPPENBROSCHUR
24,90 EURO, ISBN 978-3-320-02274-7
KARL DIETZ VERLAG BERLIN 2012

KONSEQUENT FÜR FREIHEIT

ÜBER DIE POLNISCHEN SCHRIFTEN ROSA LUXEMBURGS

Holger Politt hat die ursprünglich auf Polnisch verfasste Artikelserie «Nationalitätenfrage und Autonomie» von Rosa Luxemburg herausgegeben und übersetzt. Im Interview spricht er über die Bedeutung der polnischen Schriften und ihren speziellen politischen Kontext.

Welchen Umfang haben Rosa Luxemburgs polnische Schriften, welchen Stellenwert haben sie im Gesamtwerk?

Politt: Etwa ein Fünftel, vielleicht sogar ein Viertel ihres Gesamtwerks schrieb Rosa Luxemburg in Polnisch. Das ist genug, um sagen zu können, dass ohne diesen Teil ein vollständiges Bild vom publizistischen und theoretischen Wirken Rosa Luxemburgs nur bedingt möglich ist. Es liegen bereits Übersetzungen einzelner wichtiger Arbeiten vor, doch der Gesamtüberblick in deutscher Sprache steht noch aus. All ihre polnischen Arbeiten waren Beiträge und Schriften für den Tag, geschrieben für meistens illegal in Polen erscheinende Zeitungen und Broschüren. Den offiziellen Weg der zaristischen Zensur durfte Rosa Luxemburg nur ganz selten passieren – und wenn dann ausschließlich anonym oder unter Pseudonym. Das waren vollkommen andere Bedingungen als in der sozialdemokratischen Presse Deutschlands. Mit der 1908/09 geschriebenen Artikelserie «Nationalitätenfrage und Autonomie» legte sie übrigens die nach der «Akkumulation des Kapitals» umfangreichste Arbeit vor. Nach 1913 schrieb sie höchstwahrscheinlich nur noch Briefe in Polnisch.

Kommen hier neue, bisher weniger bekannte Seiten im Schaffen Rosa Luxemburgs zum Vorschein?

Politt: Ausschlaggebend ist sicher, dass sie für einen anderen Kontext schrieb. Anders als in Deutschland war die Arbeiterbewegung in dem zu Russland gehörenden Königreich Polen bereits vor dem Ersten Weltkrieg organisatorisch und politisch tief gespalten. Entscheidend dabei war die sogenannte polnische Frage. Zudem wurden die Kämpfe in tiefer Illegalität geführt, außer während der Revolution von 1905 bis 1907. Hinzu kamen komplizierte Verhältnisse in der sozialdemokratischen Partei des russischen Gesamtstaates, eine eigentlich russische Partei, die schon ab 1903 in Bolsche-

wiki und Menschewiki gespalten war und einige Jahre nach der Niederlage der Revolution, 1912, endgültig auseinanderbrach. Alles zusammen ein komplexer Kontext, der bereits den Zeitgenossen aus der deutschen Sozialdemokratie sehr zu schaffen machte. Für die heutige Rezeption in Deutschland dürfte das noch vor der fremden Sprache der entscheidend erschwerende Faktor sein. Davon abgesehen: Auch aus diesem Teil ihrer Schriften filtert sich nichts anderes heraus als die Forderung nach offenem öffentlichen Leben, nach breitesten politischen Freiheiten und nach einem emanzipierten, stolzen und kampfbereiten Proletariat. Für Rosa Luxemburg waren das unverzichtbare Voraussetzungen für die Überwindung einer auf Kapitallogik und alles verschlingender Warenproduktion beruhenden Gesellschaft.

Können die gesammelten und übersetzten polnischen Schriften helfen, diese Hintergründe im Schaffen Rosa Luxemburgs besser zu erschließen?

Politt: Ja, aber der angesprochene Kontext wird auch künftig vielen, die sich in Deutschland mit Rosa Luxemburg beschäftigen, eher verschlossen bleiben. Wer sich jedoch eingehender auf die Hintergründe einlässt, wird unweigerlich auf die vor Widersprüchen nur so strotzende Bühne des damaligen Geschehens gezogen. Es gibt – das ist beim Lesen der polnischen Schriften das Faszinierende – viele Spuren, die zu einer Schrift hinführen, die bisher überhaupt nicht im Zusammenhang mit ihren polnischen Schriften gesehen wurde: ihr Text «Zur russischen Revolution» von 1918. Im Streit um dieses Gefängnismanuskript, in dem Rosa Luxemburg prinzipielle Kritik an den Bolschewiki übte, wurde vielfach behauptet, es stehe allein, sei bestimmten ungünstigen Umständen geschuldet und sei im Sturm- lauf der Novemberrevolution sowieso relativiert worden. Aus der Perspektive der polnischen Schriften steht dieses Manuskript jedoch am Ende einer konsequenten Entwicklung ihres politischen Denkens, für das Sozialismus ohne politische Freiheit kein Sozialismus ist.

DAS INTERVIEW FÜHRTE JÖRN SCHÜTRUMPF

NEUERSCHEINUNGEN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

MEHR INFORMATIONEN UNTER WWW.ROSALUX.DE

TEXTE 74

Günter Krause, Christa Luft, Klaus Steinitz (Hrsg.)

WIRTSCHAFTSTHEORIE IN ZWEI GESELLSCHAFTSSYSTEMEN DEUTSCHLANDS

ERFAHRUNGEN – DEFIZITE –
HERAUSFORDERUNGEN

204 S., BROSCHUR, 14,90 EURO,

ISBN 978-3-320-02279-2, KARL DIETZ VERLAG BERLIN

Die Publikation stellt eine heute viele bundesdeutsche ÖkonomInnen bewegende Frage: «Wohin steuert die ökonomische Wissenschaft?», und lädt zur Debatte darüber ein, welcher Wirtschaftstheorie es zukünftig bedarf. Zugrunde liegt ihr eine wissenschaftliche Tagung zum Thema «Ökonomische Lehre und Forschung in der DDR und im vereinten Deutschland – Erfahrungen, Probleme und Zukunftsanforderungen», mit der am 1. Oktober 2011 an die Schließung der Hochschule für Ökonomie (HfÖ) Berlin vor genau 20 Jahren erinnert wurde.

MANUSKRIPTE 98

Hanno Balz, Jan-Henrik Friedrichs (Hrsg.)

«ALL WE EVER WANTED ...»

EINE KULTURGESCHICHTE EUROPÄISCHER
PROTESTBEWEGUNGEN
DER 1980ER JAHRE

268 S., BROSCHUR, 14,90 EURO,

ISBN 978-3-320-02284-6, KARL DIETZ VERLAG BERLIN

Eine historische Aufarbeitung der 1980er Jahre steht noch aus. Mit dem vorliegenden Band soll deutlich werden, wie vielfältig sowohl die Kontinuitäten zu 1968 und den 1970er Jahren als auch die Brüche waren, die die Spezifik der Bewegungen der 1980er Jahre ausmachten. Die Wende von 1989 kann nicht ausschließlich als Schlusspunkt

für die Neuen Sozialen Bewegungen verstanden werden. Denn die damals entstandenen Strukturmerkmale üben auch heute noch, und zwar stärker als zwischendurch erkennbar, nicht geringen Einfluss auf Bewegungen, Politikverständnis und Kritik aus.

MANUSKRIPTE 99

Lutz Brangsch, Judith Dellheim, Joachim H. Spangenberg, Frieder Otto Wolf (Hrsg.)

DEN KRISEN ENTKOMMEN

SOZIALÖKOLOG. TRANSFORMATION
265 S., BROSCHUR, 14,90 EURO,

ISBN 978-3-320-02287-7, KARL DIETZ VERLAG BERLIN

Sozialökologischer Umbau – nichts ist heute dringlicher, weil es anders keine nachhaltige Entwicklung für alle und damit keine lebenswerte Zukunft geben kann und weil erst mit einem sozialökologischen Umbau erste Schritte gegangen werden können, die es (wieder) ermöglichen, die die Lebensbedingungen und Lebenschancen zerstörende kapitalistische Produktionsweise zu überwinden. Diese These macht das vorrangige Anliegen des Buches deutlich: einen Beitrag zur Nachhaltigkeitsdebatte «von unten» zu leisten und diesen zugleich sozialistisch zu akzentuieren.

LUXEMBURG – GESELLSCHAFTS- ANALYSE UND LINKE PRAXIS

Hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

HEFT 1/2012: «ENERGIEKÄMPFE»

160 S., 10 EURO, ISBN 978-3-89965-860-6,

VSA-VERLAG HAMBURG

«Energiekämpfe» von unten setzen bei denen an, die nicht gefragt wurden, aber allerorten die Kosten der Energiewende tragen. Meist sind die Widerstände lokal, parti-

kular, kaum vernetzt. Lassen sich diese lokalen Widerstände verbinden, nicht nur äußerlich, sondern auch als Teil eines gemeinsamen, auf (soziale) Demokratisierung gerichteten Kampfes verstehen?

AUS DEM KARL DIETZ VERLAG BERLIN

Ludmila Thomas

GEORGI TSCHITSCHERIN: «ICH HATTE DIE REVOLUTION UND MOZART»

AUS DEM RUSS. VON HELMUT ETTINGER,
288 S., GEB. MIT SU, 25 ABB., 28,90 EURO,

ISBN 978-3-320-02275-4, KARL DIETZ VERLAG BERLIN

Wie ist es zu erklären, dass ein homosexueller Adliger, Spross einer Familie, die russische Diplomaten, Heerführer und Wissenschaftler hervorgebracht hat, zum Revolutionär und führenden Bolschewik und dann zu einem ihrer schärfsten Kritiker wurde?

AUS DEM VSA-VERLAG HAMBURG

Ulrich Brand, Bettina Lösch,
Benjamin Opratko, Stefan Thimmel (Hrsg.)

ABC DER ALTERNATIVEN 2.0

VON ALLTAGSKULTUR BIS
ZIVILGESELLSCHAFT

In Kooperation mit Wissenschaftl. Beirat
von Attac, Rosa-Luxemburg-Stiftung u. taz
352 S., 15 EURO, ISBN 978-3-89965-500-1,

VSA-VERLAG HAMBURG

161 Stichworte auf jeweils zwei Seiten – von «Alltagskultur» bis «Zivilgesellschaft». Kompakter gehen Alternativen nicht.

«Es geht [...] um die Kritik und Veränderung bestehender Macht- und Herrschaftsverhältnisse, die Alternativen dazu sind jedoch vielfältig, müssen praktisch entstehen, stehen teilweise in Spannungen zueinander. Die Ausrichtung von Alternativen kann am Staat orientiert, staatskritisch oder antistaatlich sein, vom Anspruch her oder in der Praxis systemimmanent oder systemtransformierend. Ökologische Alternativen stehen häufig in Spannung mit jenen, die auf eine bessere Verteilungspolitik setzen und die Art und Weise wirtschaftlicher Produktion weniger in den Blick nehmen. Sie können eher kleinräumig oder in ganzen Gesellschaften gedacht und praktisch angegangen werden.» (Aus dem Vorwort der HerausgeberInnen)



«Die ökologische Modernisierung via Green Economy, wie sie im Juni 2012 in Rio zum neuen Leitbild gesellschaftlicher Entwicklung erklärt werden wird, wird scheitern, denn sie stellt - wenn überhaupt - eine selektive Strategie dar, die weder demokratisch verfasst noch inklusiv ist. Sie bricht weder mit den bestehenden Herrschaftsverhältnissen noch mit der kapitalistischen Form der Naturaneignung.»

KRISTINA DIETZ